

Die dritte Säule der Arbeiterbewegung

Eine große Tagung der Genossenschaften in der Provinz Sachsen beschäftigte sich mit den Aufgaben und dem Neuaufbau des Genossenschaftswesens

Die einheitliche sozialistische Arbeiterpartei, die freien Gewerkschaften und die Genossenschaften sind die drei Säulen der Arbeiterbewegung. Jeder dieser drei Organisationen fallen besondere Aufgaben zu. Die Bestrebungen der beiden wirtschaftlichen Organisationen werden politisch zusammengeführt durch das gemeinsame Band der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Dieser Gedanke zog sich wie ein roter Faden durch all die zweitägigen Verhandlungen hin- und her, die am Sonnabend und Sonntag im Volkspark stattgefunden haben. Genosse Luch begrüßte einleitend die Vertreter der Konsumgenossenschaften, der Gewerkschaften und die Vertreter der antifaschistischen Parteien und betonte, daß den Genossenschaften im Gegensatz zu früher, eine viel bedeutsamere Aufgabe zugewiesen sei. Im Auftrage der Sozialdemokratischen Partei begrüßte der Genosse Wessel die Vertreter der Genossenschaften. Für die KPD sprach der Genosse Herbert Begrüßungsworte. Auch die Richtlinien der Worte der Begrüßung an die Versammelten. Als Vertreter der Gewerkschaften

ratsvorsitzend zu einer besonderen Tagung zusammengetreten. Die Einkaufsleiter beschäftigten sich mit der Entwicklung und den Aufgaben der zentralen Einkaufsstelle. Besondere wichtige Beschlüsse wurden in einer Tagung der Organisations- und Propagandaleiter gefaßt. Darin heißt es:

„Die Sitzung spricht sich gegen die Errichtung besonderer Werkkonsumvereine, aber für die Errichtung von Verteilungstellen in den Industriebetrieben aus, wobei betont wird, daß dies nicht in der Erwartung einer bevorzugten Belieferung dieser Mitglieder gegenüber den anderen geschehen darf. Die Sitzung mißbilligt jede Sonderaktion und bevorzugte Belieferung einzelner Teile der Verbraucher, wie sie insbesondere von den Betriebsräten sehr oft gefördert wird, und ist im Interesse des Aufbaues für eine strikte Einhaltung des Versorgungsplanes und gegen jede Bevorzugung in der Belieferung außerhalb der geltenden Normen.“

Die Einzeltagungen klangen in einer Plenar-

sitzung aller Vertreter aus, die am Sonntag nachmittag zentraltrat. Präsidialdirektor Lessig referierte über die Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung, über den Zusammenschluß der Sozialdemokratischen mit der Kommunistischen Partei. Mit treffenden Worten legte er den Vertretern der Genossenschaft die Bedeutung des Einheitsgedankens dar. An der Hand dokumentarischer Materials zeigte er, daß die Reaktion bereits wieder am Werke sei. Er schloß seine Ausführungen mit einem eindringlichen Appell, die Einheit der gesamten Arbeiterbewegung zu fördern. Durch die Zusammenballung aller Kräfte werde sich das Kraftfeld der proletarischen Bewegung um vieles steigern. Das aber würde rückwirkend den einzelnen Säulen der Arbeiterbewegung wieder förderlich sein. Mit einem markigen Schlußappell schloß Genosse Saupé, Weisenfels, die arbeitsreiche Tagung.

Über die Einzeltagungen berichten wir in der nächsten Nummer. Auch das Referat des Präsidialdirektors Dr. Hempel soll im einzelnen noch behandelt werden.

Zum Internationalen Frauentag 1946

Von Martha Brautzsch

8. März 1946. Zum ersten Male nach zwölf langen Jahren kann die deutsche Frau gemeinsam mit den Frauen der anderen Länder den Internationalen Frauentag begehen. Bis zum Machtantritt Adolf Hitlers war für den fortgeschrittensten Teil der deutschen Frauen der 8. März ein Kampftag um Anerkennung und Mitbestimmung im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Die so hart erkämpften Rechte der Frauen wurden ihr brutal durch den Faschismus genommen. Wir stehen heute mitten im Aufbau unseres Vaterlandes an der Schwelle einer großen Tat, die darin bestehen soll, daß der deutschen Frau in unserer neuen Demokratie die volle Gleichberechtigung zugesichert wird. In täglicher harter Aufbauarbeit wird das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Frau beweisen, daß sie bereit ist, sich freizumachen von jeglicher faschistischer Gesinnung. Die deutsche Frau wird sich einsetzen für die Erhaltung des Friedens und regen Anteil nehmen am politischen und wirtschaftlichen Leben.

Allen Ernstes müssen wir deutschen Frauen und die Frage vorlegen, wie was es möglich, daß der Faschismus in Deutschland an die Macht kam? Wie war es möglich, daß er seine Herrschaft zwölf Jahre ausüben konnte und wie gelang es ihm, einen so wahnwitzigen Krieg über die ganze Welt zu bringen?

Das deutsche Volk und auch hier wieder ganz besonders die deutsche Frau war unpolitisch und daher nicht in der Lage, die Zusammenhänge zu erkennen. Durch die großen demagogischen Versprechungen Hitlers gelang es übersehen die tödlichen Gefahren des faschistischen Systems. Die Kreise der Reaktion, die Herren Krupp, Thyssen und alle übrigen Finanzkapitalisten verstanden es, in ihrem Interesse die deutsche Frau von der Politik fernzuhalten. Nur dadurch war es ihnen möglich, die Vorbereitungen und auch die Durchführung ihrer Kriegspläne ohne und gegen den Widerstand von Millionen Müttern vollziehen zu können. Die deutsche Frau erwies sich bereit, ihre ganze Arbeitskraft für die Rüstung einzusetzen. Sie erwies sich bereit, ihr Bestes, ihr Fleisch und Blut, ihre Kinder zu opfern.

Andererseits gab es bereits schon vor 1918 Frauen im deutschen Volke, die ihre ganze Kraft dafür einsetzten, die Frauen zum politischen Bewußtsein zu bringen.

Gerade aus Anlaß des Internationalen Frauentages darf nicht vergessen werden, daß es Frauen aus den Kreisen der Arbeiterbewegung waren, wie Luise Michel, Luise Zietz, Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Lily Braun und so mancher andere tapferer Frau, die ihr Leben für den Kampf um die Befreiung der Frau einsetzten.

Auch in den Reihen des fortgeschrittenen Bürgertums fanden wir eine Anzahl Frauen wie Gertrud Bäumer, Maria Baum, Helene Lange und andere mehr, die sich große Verdienste auf dem Gebiete der Erziehung und Bildung der deutschen Frau erworben haben.

Ein bezahlter Hauswirtschaftstag

Verordnung der Provinzialverwaltung

Am 8. März eines jeden Jahres begehen die Frauen aller Länder den Internationalen Frauentag. Zu diesem Tage wird es der deutschen Frau durch die Hitler-Herrschaft versagt, diesen Tag mit ihren Mitstreitern in der ganzen Welt zu feiern.

Zehn Monate nach der Niederwerfung des Faschismus ist der deutschen Frau die Möglichkeit gegeben, den 8. März auch in Deutschland als Kampf- und Feiertag zu begehen. An diesem 8. März 1946 werden die Frauen der Provinz in würdigen Kundgebungen, in Betriebsfeiern ihre Freude über den Sturz des Hitler-Systems und ihren Willen, alles für den Aufbau unseres Vaterlandes, alles für den Aufbau einer neuen Demokratie einzusetzen, zum Ausdruck bringen.

In Anbetracht der Bedeutung des Internationalen Frauentages und in Ubereinstimmung mit der SMA verordne ich:

- I. Der 8. März, der Internationale Frauentag, ist auch in der Provinz Sachsen der Tag der Frauen.
- II. Für alle berufstätigen Frauen wird die Arbeitszeit am 8. März um 2 Stunden bei vollem Lohnausgleich gekürzt.
- III. Am 8. März stellt jeder berufstätigen Frau im Monat ein bezahlter Hauswirtschaftstag zu.
- IV. Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erläßt der Präsident der Provinz Sachsen — Abteilung Volkshilfe und Wirtschaft.

Halle/S., den 1. März 1946.
Hübener,
Präsident der Provinz Sachsen.
Sievert
1. Vizepräsident
Thape
Vizepräsident

„Probleme der Vereinigung von SPD und KPD“

In Berlin nahm am 2. März die Parteikonferenz der KPD ihren Anfang.

Über 600 Delegierte aus allen Teilen des Reiches, aus allen Zonen und Provinzen, sind zusammengetreten, um den Wunsch von Millionen schaffender Deutscher nach einer einheitlichen Arbeiterbewegung Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Tagungsstätte dieser bedeutsamen Konferenz ist das Theater am Schiffbauerdamm, festlich geschmückt mit den Bildern von August Bebel und Ernst Thälmann, mit roten Transparenten, die verkünden: „Die Einheit der Arbeiterklasse ist die Grundlage für die Einheit Deutschlands“.

Der Vorsitzende des ZK der KPD, Genosse Wilhelm Pieck, eröffnete nach dem Verklingen von Beethovens Egmont-Ouvertüre die Konferenz. In das von ihm vorgeschlagene Präsidium wurden die Mitglieder des ZK, vor allem die der westdeutschen Zonen sowie die Mitglieder des Zentral-Ausschusses der SPD und des gemeinsamen Organisations-Ausschusses beider Arbeiterparteien, Grotewohl, Fechner, Lehmann und Gniffke gewählt.

Genosse Pieck begrüßte mit besonderer Freude und Herzlichkeit die Delegierten aus Nord-, West- und Süddeutschland. Nach Gedenkworten für unsere toten Genossen Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Fritz Heckert, Jonny Scheerer geht die Konferenz zum ersten Punkt der Tagesordnung über. Genosse Ulbricht erteilte das Wort dem Genossen Pieck zu seinem Referat über „Probleme der Vereinigung von SPD und KPD“.

Internationaler Frauentag Frauen und Mädchen!

Am 8. März 1946 begehen nach der schmachvollen Hitlerherrschaft die deutschen Frauen und Mädchen in der sowjetischen Besatzungszone zum ersten Male wieder in aller Öffentlichkeit gemeinsam mit den Frauen der ganzen Welt den Internationalen Frauentag!

Zwölf Jahre war es der deutschen Frau versagt, diesen großen Tag, den sie im Kampf um die volle Gleichberechtigung mit den Frauen aller Erdteile durchgeführt hatte, zu feiern. Zwölf Jahre Faschismus brachten nicht nur für das deutsche Volk schrecklichen Terror, grausamste Unterdrückung, sie brachten durch die schamlose Durchführung der organisierten Raubzüge gegen die friedliebenden Völker Millionen Frauen, Millionen Mütter und Millionen Mädchen in der ganzen Welt unsagbares Leid, erschreckende Not und furchtbares Elend.

Der Faschismus war es, der der deutschen Frau die so hart erkämpfte Mitbestimmung am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben nahm.

Zehn Monate sind vergangen, seitdem der Hitlerkrieg sein Ende gefunden hat. Zehn Monate sind vorbei, seitdem der Faschismus seine Niederlage erlitten hat.

In dieser kurzen Zeit haben Hunderttausende von deutschen Frauen aller Schichten bewiesen, daß sie alles dafür einsetzen, ein neues antifaschistisch-demokratisches Deutschland aufzubauen, daß sie mit den Frauenausschüssen dafür kämpfen, nie wieder Krieg und Verderben über unser Volk, über die Welt kommen zu lassen.

Große Pflichten hat die deutsche Frau zu übernehmen, aber in unserer neuen wahren Demokratie sind die Rechte der Frau voll gesichert.

Die volle Gleichberechtigung der Frau soll der neue Charakter unserer Demokratie sein. Unter Führung der antifaschistischen Frauenausschüsse hat der Kampf der deutschen Frau um die aktive Beteiligung am öffentlichen Leben und Erziehungswesen begonnen.

- Es lebe die Verbundenheit aller Frauen der Erde!
- Es lebe der gemeinsame Kampf gegen Militarismus und Imperialismus!
- Es lebe der Frieden für alle Völker!
- Es lebe die Freiheit und das Recht für alle Frauen!
- Es lebe der Internationale Frauentag!

Anläßlich des Internationalen Frauentages am 8. März 1946 fordern wir aus neuem:

Jeder Frau ist das Recht auf Arbeit zu sichern. Der Frau ist der Weg freizumachen für gleiches Recht auf Berufsausbildung und Fortbildung.

Gleicher Lohn für gleiche Leistung muß verwirklicht werden.

Schaffung des Arbeits- und Mutterschutzes unter weitgehender Beteiligung von Frauen in der Arbeitsschutztaut.

Keine Beschäftigung für Frauen, die dem weiblichen Organismus schädlich ist.

Verbot der Beschäftigung der Frau sechs Wochen vor und nach der Niederkunft bei vollem Lohnausgleich.

Einrichtung und Erweiterung der Mütter- und Säuglingsberatungsstellen.

Einrichtung von Kindergärten.

Genehmigung eines freien Tages für die Frau im Monat.

Der Antifaschistische Frauenausschuß gelobt, daß er sich zusammen mit den vier Antifaschistischen Parteien, mit den Gewerkschaften dafür einsetzt, daß alle unsere Forderungen erfüllt werden, er ruft aber auch heute wieder allen Frauen zu:

Ein Absichtssehen gibt es nicht!

Jede deutsche Frau, jede deutsche Mutter und jedes deutsche Mädchen muß mithelfen an der Verwirklichung unserer Forderungen! Gemeinsam mit den Männern wollen wir deutschen Frauen und Mädchen ein neues Deutschland aufbauen!

Wir wollen alles tun, um uns die Achtung und Freundschaft der friedliebenden Völker zu erwerben, damit wir wieder aufgenommen werden in ihre große Gemeinschaft!

Antifaschistischer Frauenausschuß der Provinz Sachsen

appellierte Genosse Wolfman an die Bruderorganisation. Genosse Luch formulierte die Aufgaben, die den Genossenschaften bei dem Aufbau des neuen Deutschland zugewiesen sind. Zur Zeit befinden sich in der Provinz Sachsen über 28 Konsumgenossenschaften, die bereits über 500 Verteilungstellen verfügen. Am 24. März sollen bereits die ersten Vertreterwahlen abgehalten werden. Die Konsumgenossenschaften müssen sich als die Hauptverantwortlichen in der Versorgung der gesamten Bevölkerung einzuschalten suchen. Sie müssen danach streben, eine weitmöglichste Zusammenfassung aller landwirtschaftlichen und industriellen Produkte herbeizuführen. Sie müssen das Bestreben haben, entscheidend auf die Verteilung aller Produkte einzuwirken.

Ein vielbeachtetes richtunggebendes Referat hielt Präsidialdirektor Dr. Hempel vom Amt für Handel und Versorgung der Provinzialverwaltung. Er verbreitete sich im besonderen über die Ernährungsprobleme der Gegenwart und stellte fest, daß die Ernährung im sowjetischen Sektor gesichert sei. Er legte die Pläne dar, die von der Provinzialverwaltung verfolgt werden und erklärte, daß dabei den Verbrauchergenossenschaften, eine besondere Aufgabe zugewiesen sei.

Im Gegensatz zu ehemals ist es jetzt die Leitung der Verwaltung, die richtunggebend ist. Früher war es erforderlich, daß die Genossenschaften auf den Verwaltungsapparat ihren Einfluß geltend machten. Jetzt ist es umgekehrt.

Präsidialdirektor Dr. Hempel zeichnete dem Vertretern der Genossenschaft die Richtlinien vor, nach denen in Zukunft gehandelt werden müsse. Aufgabe der Genossenschaften müsse es sein, die Verteilung der Produkte in ihre Hände zu bringen, um erstens dem Scheitern das Handwerk zu legen, um ferner die Kontrolle über den gesamten Verteilungsapparat ausüben zu können und um weiter durch die Ausschaltung der Profiteure des Großhandels auf eine Verbilligung der Waren hinzuwirken.

Daraus ergibt sich die große Bedeutung der Aufgaben, die den Genossenschaften im Aufbau des neuen demokratischen Deutschland zugewiesen sind.

Die Tagung gliederte sich in eine Reihe einzelner Kommissionen, in denen zunächst die Organisations- und Propagandaleiter zusammengefaßt waren. Auf einer weiteren Tagung bestritten die Träger der neuen Verwaltung die Aufgabenprobleme. Die Betriebsratsvorsitzenden behandelten die Arbeitsverhältnisse in den Genossenschaften. Ferner waren die Aufsicht-

Diese Frauen aus den Kreisen der Arbeiterbewegung und aus den Kreisen des fortgeschrittenen Bürgertums hatten erkannt, daß es notwendig sei, die Frau entsprechend ihrer Rolle in der Gesellschaft zu einem maßgebenden politischen Faktor zu machen. Getrieben von diesem Willen kam es schon in verhältnismäßig frühen Zeiten zu Bewegungen der fortgeschrittenen Kräfte der Frauen. Diese Bewegungen fanden bei ihrer Weiterentwicklung stärksten Ausdruck in der Durchführung des internationalen Frauentages. An diesem Tage demonstrierten die Frauen der verschiedensten Schichten in allen Ländern der Welt für die politischen Rechte der Frauen, für ihre soziale Gleichberechtigung und vor allem demonstrierten sie gegen den Krieg.

Trotz aller guten Ansätze gelang es den Kräften der Reaktion, die Frau vom Kampf für ihre berechtigten Forderungen abzuhalten. Das waren einige der Gründe, daß die schwärzeste Reaktion in Deutschland, der Faschismus, zur Herrschaft kommen konnte.

Während der übergroße Teil der deutschen Frauen sich widerstandslos dem Hitler-Faschismus beugte, gab es in den anderen Ländern fortgeschrittenen Frauen, die sich dem Widerstandsbewegungen der Männer gegen Faschismus und drohenden Krieg beteiligten. Es waren nicht wenige Frauen in Jugoslawien, Griechenland, Ungarn und Oesterreich, in Bulgarien und Rumänien, in Frankreich, Belgien, Dänemark und Norwegen, die sich einreihen in den Kampf für die Freiheit der Völker. Eine besonders hervorragende Rolle hat im Kampf gegen den Faschismus für die Erhaltung der Freiheit der Völker der Sowjet-Union die russische Frau gespielt.

Wir deutschen Antifaschistinnen werden nie vergessen, daß das heroische Auftreten der Sowjet-Frauen und -Mädchen an der Front und im sozialistischen Hinterland den Sieg der Roten Armee gewährleistet. Durch diesen Sieg wurde das deutsche Volk, die deutsche Frau von ihren schlimmsten Feinden, vom deutschen Militarismus, vom Imperialismus, vom Faschismus befreit.

Die Möglichkeit der Abhaltung des Internationalen Frauentages, 10 Monate nach der Niederwerfung des Faschismus, soll uns deutschen Antifaschistinnen Ansporn sein, alle Kräfte einzusetzen zum Kampf für die Befreiung der Frau in der ganzen Welt!

Knut Hamsun voll verantwortlich
Oslo (TASS). In der norwegischen Presse wurde eine Erklärung des norwegischen Staatsanwalts Arntsen veröffentlicht, in der die Ergebnisse der Untersuchung des Gesundheitszustandes von Knut Hamsun angeführt werden, die von der psychiatrischen Klinik vorgenommen wurde.

Die Ärzte, die Knut Hamsun untersuchten, haben ihn als gesund befunden. In der Erklärung des Staatsanwalts heißt es, daß Knut Hamsun für seine Handlungen die Verantwortung trägt, jedoch hält der Staatsanwalt es für möglich, „von der Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen Hamsun in Anbetracht seines hohen Alters abzusehen.“

Diese Erklärung des Staatsanwalts rief Proteste der norwegischen Öffentlichkeit hervor. Die Zeitung „Verdensgang“ schreibt aus diesem Anlaß: „Knut Hamsun war einer der norwegischen Nazis, die unserem Land großen Schaden zugefügt haben.“ Während der Herrschaft der Nazis spielte er eine überaus wichtige Rolle. Seine Tätigkeit war so schädlich, daß er vor das Gericht der Öffentlichkeit gestellt werden muß.“

Der Wahlzwang in Italien
Rom (SNB). Wie „Associated Press“ meldet, hat das italienische Kabinett beschlossen, „moralische Maßnahmen“ an Stelle von Kriminalstrafen gegen Personen zu verhängen, welche sich an den bevorstehenden allgemeinen Wahlen nicht beteiligen. Die Namen der Wähler, welche ohne Einschuldigung der Wahl fernbleiben sollen, öffentlich in den Rathäusern angeschlagen werden. Die Nichtausübung der Wahl soll ferner für fünf Jahre in den politischen Führungszeugnissen, die jeder Italiener bei sich zu führen hat, vermerkt werden.

Neue Hungerunruhen in Indien
Conjevaru (Südnindien) (SNB). Wie Reuter meldet, eröffnete Polizei das Feuer, um eine aufständische Menge zu zerstreuen, die das hiesige Rationierungsmittel mit Steinen angriff. Sechs Personen wurden verwundet. In der Nacht hatten mehrere Personen versucht, das Rationierungsmittel in Brand zu stecken. Die Leute überfielen auch Lagerhäuser und Konsumläden wo sie Reisacke raubten.

Spannung in den USA - Gewerkschaften

Neuyork (TASS). In dem gegenwärtigen Kampf der amerikanischen Arbeiter um die Erhöhung ihres Lebensstandards, verteidigen die Führer der amerikanischen Arbeiterföderation (AFL) in Wirklichkeit den Standpunkt der Großindustriellen und führen eine Kampagne gegen die dem Kongreß der Industrie-Gewerkschaften (CIO) angehörenden Gewerkschaften, wodurch sie eine Spaltung in die Gewerkschaftsbewegung des Landes hineinbringen. Die Führer der AFL fordern die Abschaffung jeder Einmischung der Regierung in die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Unternehmern. Dieselbe Forderung erheben auch die Großindustriellen. Das Organ der AFL „Labour Monthly Service“ fordert den Verzicht der Regierung auf die Lohn- und Preiskontrolle und greift heftig den CIO an, weil er den Streikkampf führt.

Die Politik der AFL-Führer in der Frage der Kollektivverträge ist am Beispiel des Kollektivvertrages, der kürzlich von der Neuyorker Bauarbeitergewerkschaft, die der AFL angehört, mit den Unternehmern abgeschlossen wurde, ersichtlich. Nach Mitteilung der Zeitung „Newyork Times“ wurde der Vertrag nach

Die Welt gegen Franco-Spanien

London. (SNB). Nach Reuter-Meldungen führten Verhandlungen zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten für eine die Franco-Regierung verurteilende Erklärung angenommen habe.

Die Zustimmung des französischen Kabinetts wurde in einem Reuter-Kabel wenige Stunden vorher aus Paris berichtet, indem hinzugefügt wurde, daß Frankreich besonders an der vorgeschlagenen Anerkennung einer „repräsentativen Zwischenregierung in Spanien, die in der Note der Vereinigten Staaten als Nachfolgerin der Franco-Verwaltung vorgeschlagen wurde, durch die drei Mächte interessiert sei. Nach frühen Mitteilungen aus Washington würde die gemeinsame Erklärung

1. die Franco-Regierung verurteilen und ihre weitere Existenz bedauern;
 2. die Anerkennung der Zwischenregierung anbieten;
 3. jedoch hinzufügen, daß es an den Spaniern selbst sei, sich von Franco zu befreien.
- Die Vorschläge zu einer möglichen Anerkennung der repräsentativen Zwischenregierung fanden die spanische republikanische Exilregierung in Paris in Verhandlungen der Verteilung ihrer Basis vertriebt, um die noch aufstehenden Kommunisten und möglicherweise gewisse Rechtsgruppen aufzunehmen. Der Sprecher der spanischen Kommunisten in Paris erklärte:

Brabag Magdeburg stößt vor!

Soll für Benzin 55 Prozent, für Dieseldieselkraftstoff um 70 Prozent überschritten

Die Brabag Magdeburg konnte im Januar das Produktionsoll um 25 Prozent überschreiten. Mit diesem Ergebnis war, aber die Werkleistung, der Betriebsrat und die Arbeiterschaft nicht zufrieden. Sie haben alles daran gesetzt, die Produktion weiter zu steigern.

Es ist gelungen, im Februar das Soll für Benzin um 55 Prozent und das Soll für Dieseldieselkraftstoff um 70 Prozent zu überschreiten. Damit hat die Brabag es ermöglicht, daß in Sonderheit für die Frühjahrbestellung die Landwirtschaft verhältnismäßig gut mit Treibstoffen versehen werden kann.

Trotz der Anspannung aller Kräfte konnte es die Brabag noch ermöglichen, daß sie auf das Land zu den Neuaufern Reparaturkolonnen sandte, die dort die landwirtschaftlichen Maschinen reparierten.

Damit dokumentiert sich, daß es keine leeren Worte sind, wenn man sagt, daß der Bauer und der Industriearbeiter Hand in Hand für das deutsche Volk den Neuaufbau ermöglichen und durchsetzen.

„Wir verhandeln jetzt mit José Giral, dem Ministerpräsidenten der republikanischen Regierung, wegen des Eintritts der Kommunisten in die Regierung. Wir verlangen als Bedingung seines Eintritts, daß die Regierung erweitert werden soll. Wir glauben, daß die linkssozialistische Partei, wenn möglich, ihr Führer, Dr. van Negri, mit eingeschlossen werden sollten.“

Die Kommunisten machen keinen Einwand gegen die Teilnahme von Monarchisten und Militaristen in der Regierung, vorausgesetzt, daß sie Garantien geben, daß sie freie Wahlen und die Säuberung von den Falangisten unterstützen werden.“

Der Handelsverkehr zwischen Frankreich und Spanien habe vollständig aufgehört, erklärt eine Reuter-Meldung aus Madrid.

Francia massiert Truppen

Paris (SNB). Laut Reuter hat Franco entlang der französisch-spanischen Grenze 200 000 Mann Truppen massiert, wie der sich an der Grenze befindende Korrespondent der französischen Zeitung „Le Soir“ meldet. Darunter befinden sich reguläre Truppen und Marokkauer. Laut Äußerungen eines alten spanischen Priesters, der vor der Franco-Polizei nach Frankreich floh und von dem gleichen Korrespondenten interviewt wurde, steigt die Terrorverlebung in Franco-Spanien. Der Priester erzählte dem Korrespondenten, daß die asturischen Grubenarbeiter mit Streik drohen, falls Franco eine Offensive gegen die Partisanen in diesem Gebiet startet.

England liefert keine Lebensmittel

London (SNB). Wie der Londoner Rundfunk meldet, ist Feldmarschall Montgomery zu einem kläglichen Besuch in London zwecks Beratungen über die Lage in Deutschland ein- getroffen. Er verhandelte mit Staatsminister Hynd, dem Leiter des britischen Kontrollamtes für Deutschland und Oesterreich.

Staatsminister Hynd erklärte, in den Besprechungen mit Feldmarschall Montgomery sollten im Zusammenhang mit der Lage in Deutschland Maßnahmen erwohnen werden, aber es bestehe keine Absicht, dem britischen Eigenverbrauch Lebensmittel zu entziehen und sie nach Deutschland zu liefern.

Brauerverbot in der französischen Zone

Meins (SNB). Der amerikanische Nachrichtendienst meldet, daß das Oberregierungspräsidium für Hessen-Pfalz für die gesamte französische Zone ein allgemeines Bierbrauerverbot erlassen hat.

Die in den Brauereien noch vorhandenen Rohstoffe und Biervorräte sind gesperrt. Nach sorgfältiger Überprüfung wird ein Verteilungsplan ausgearbeitet, nach dem Bier nur noch an Schwer- und Schwerarbeiter abgegeben werden darf. Das Bier in den Gastwirtschaften noch lagernde Bier darf ausgeschenkt werden.

Auch Griechenland kürzt Brotrationen

Athen. (TASS). Durch Beschluß des Wirtschaftsraltes der Regierung wird vom 1. März ab die Brotration für Athen, die Städte Piräus und Patras um 12 Prozent gekürzt, während die Brotrationen im übrigen Land um 5 Prozent gekürzt werden. Die Zeitungen bringen die Befürchtung zum Ausdruck, daß in diesem Monat die Brotration eine weitere Kürzung erfahren wird.

Ernährungskonferenz in den USA

London. (SNB). Nach einer Meldung des Londoner Rundfunks ist der britische Volkswirtschaftler, Lord Keynes, in Neuyork eingetroffen. Er wird an der Ernährungskonferenz teilnehmen, die von den Vereinigten Staaten einberufen wurde, um sich mit Einzelheiten des Bretton-Woods-Akkords zu befassen.

Die Truppen in der Levante

Paris (SNB). Die Zurückziehung der französischen und englischen Truppen aus der Levante, meldet Associated Press, war das Thema von Besprechungen zwischen französischen und britischen militärischen Techniken. Generalmajor R. G. W. Stone führte die britische Gruppe und General Philipp de Larmint die französische.

Zurückziehung sowjetischer Truppen aus Iran

Moskau (TASS). Der iranische Premierminister Khawam Es Sultaneh, wurde von dem Beschluß der sowjetischen Regierung in Kenntnis gesetzt, daß mit der Zurückziehung eines Teiles der sowjetischen Truppen aus den Distrikten Irans in den nächsten Tagen verhältnismäßig ruhiger ist, nämlich aus den Distrikten Mesched, Schahud und Seman im östlichen Teil Irans, am 2. März begonnen worden ist. Was die sowjetischen Truppen anbetrifft, die in den anderen Gebieten Irans stationiert sind, so werden diese bis zur Klärstellung der Situation in Iran bleiben.

Indonesiens Premierminister zurückgetreten

Batavia (SNB). Laut Reuter trat Dr. Sultan Schahriar, der indonesische Premierminister am 2. März zurück, wie holländische Quellen berichten.

Verlag und Druck: Volkshilf Druckerei und Verlagsgesellschaft Halle, G. Braunhauss 18/17 Tel. Nr. 7691. Grafische Werk Hugo Sasse. Anschrift der Redaktion: Halle - G. Braunhauss 18/17. Telefon Nr. 7691 und 7690 Redaktionschluss 22 Uhr.

G. 59179

Nie wieder faschistische Aggression

Der Nürnberger Prozeß

Nürnberg (SNB). Der sowjetische Hauptankläger, Generalleutnant Rudenko, nahm zur Frage des verbrecherischen Charakters der angeklagten Gruppen und Organisationen Stellung. „Auf die Behauptung einiger Verteidiger, daß sie nicht Angeklagte des Internationalen Militärtribunals, wonach die Angeklagten Naziorganisationen und Organisationen als verbrecherisch erklärt werden sollen, das Gericht in ein gesetzgebendes Organ verwandeln würden, erwiderte Generalleutnant Rudenko: Selbstverständlich habe der Internationale Gerichtshof keine gesetzbildende Befugnis. Aber ihm sei durch die Statuten das Recht gegeben, die Frage selbstständig zu lösen, wodurch das Urteil Gesetz wird. Wenn der Verteidiger der Reichsregierung erklärt habe, daß die Anklage gegen Organisationen im internationalen Strafrecht ein novum darstelle, so müsse er, Rudenko, bestätigen.“

Daß die Einrichtung des Internationalen Militärtribunals überhaupt etwas neues sei, dann ging Generalleutnant Rudenko auch auf die Anträge einiger Verteidiger ein, bestimmte Abteilungen der angeklagten Organisationen aus der Anklage herauszunehmen, die nach Meinung der Verteidiger keine verbrecherischen Ziele verfolgt hätten.

Es ist schwer, sagte der sowjetische Hauptankläger, im faschistischen Herrschaftsapparat überhaupt eine Gruppe zu finden, die nicht verbrecherisch war.

Wenn die Verteidiger der Auffassung sind, daß die Anklage gegen die Angeklagten die Erklärung des Gerichtes über den verbrecherischen Charakter der angeklagten Organisationen Millionen Deutsche vor Gericht zu führen würden, so teile ich diese Auffassung nicht. Durch diese Fragestellung versuchen die Verteidiger, den Lauf der Gerechtigkeit aufzuhalten. Die Opfer der Naziaggression haben andere Zahlen vor Augen. Sie denken an Trinken, Ausschwitz, Mähdreik und andere Vernichtungslager. Dieses räuberische System, das die faschistischen Organisationen gegen die Menschheit durchgeführt haben, muß vernichtet werden.

„Es ist keine Rede, die uns dabei leitet“, erklärte der sowjetische Anklagevertreter mit Nachdruck, „und wir wollen den deutschen Trinken, Ausschwitz, Mähdreik und andere Vernichtungslager. Dieses räuberische System, das die faschistischen Organisationen gegen die Menschheit durchgeführt haben, muß vernichtet werden.“

„Es ist keine Rede, die uns dabei leitet“, erklärte der sowjetische Anklagevertreter mit Nachdruck, „und wir wollen den deutschen Trinken, Ausschwitz, Mähdreik und andere Vernichtungslager. Dieses räuberische System, das die faschistischen Organisationen gegen die Menschheit durchgeführt haben, muß vernichtet werden.“

Alliierte Kontrollbehörde - Kontrollrat

Zur Aenderung der Vermögenssteuergesetze

Der Kontrollrat hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

1. Das Gesetz über die Wertaufhebung der Art. I des Vermögenssteuergesetzes vom 17. Juli 1938 und alle zur Durchführung dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen und Verwaltungsvorschriften werden hiennt aufgehoben.

Artikel II

Die Vermögenssteuerbeiträge für natürliche Personen, werden auf 100 RM für die Steuerpflichtigen selbst beschränkt. Alle anderen in § 5 des Vermögenssteuergesetzes gewährten Freibeträge kommen in Wegfall.

Artikel III

AA Stelle des einheitlichen in § 8 des Vermögenssteuergesetzes vorgesehenen Steuerfußes treten die folgenden einheitlichen Vermögenssteuersätze:

- a) für vermögenspflichtige Rechtspersonlichkeiten (siehe § 1 Ziffer (1) 2 und § 2 Ziffer (2) 2 des Vermögenssteuergesetzes):
 - I. 2% wenn das steuerpflichtige Gesamtvermögen RM 50 000,- nicht übersteigt.
 - II. 2 1/2% wenn das steuerpflichtige Gesamtvermögen RM 100 000,- übersteigt.
- b) für natürliche Personen:
 - I. 1 1/2%, wenn das steuerpflichtige Gesamtvermögen RM 50 000,- nicht übersteigt; 1 1/2% wenn das Gesamtvermögen RM 100 000,- nicht übersteigt und der Land- und Forstwirtschaft gewidmet ist.
 - II. 1 1/2% wenn das steuerpflichtige Gesamtvermögen RM 100 000,- nicht übersteigt.
 - III. 2 1/2% wenn das steuerpflichtige Gesamtvermögen RM 50 000,- nicht übersteigt.

Artikel IV

1. Bei Feststellung des Nettoeinkommens für Zwecke der Körperschaftsteuerverordnung stellen besagte Verordnungen Ausnahmen dar. §§ 11 und 12 der Körperschaftsteuergesetzes werden hiennt entsprechend abgeändert.
2. Bei Ermittlung der Einkommensteuerpflicht sind besagte Vermögenssteuergesetze als Sondergesetze gemäß § 10 des Einkommensteuergesetzes abzuschießen.
3. Bei Feststellung des Nettoeinkommens für Zwecke der Körperschaftsteuer sind außerordentliche Gewinnersteuer stellen besagte Vermögenssteuergesetze abzuschießen.

Artikel V

Vermögenssteuerpflicht besteht:

- a) Ohne Unterschied, ob der Steuerpflichtige ein Nettoeinkommen bezieht oder nicht, und
- b) ohne Rücksicht auf den Betrag anderer Steuern, die der Steuerpflichtige zu entrichten hat.

Artikel VI

Die in § 11 der Steuerpflichtigenverordnung vom 14. September vorgeschriebenen Ausnahmen des § 11 des Reichsvermögenssteuergesetzes (das die Neuaufstellung des Einkommensteuergesetzes im Falle von Vermögenswerten) werden aufgehoben. 22 Artikel der Vermögenssteuergesetze tritt in seiner unmittelbar vor dem 14. September 1944 bestehenden Fassung wieder in Kraft.

Artikel VII

Vermögenssteuerepflichtige Vermögen ist einer neuen Hauptveranlagung (§ 12 des Vermögenssteuergesetzes) zu unterziehen. Dieser Hauptveranlagung ist der Wert des steuerpflichtigen Vermögens vom 1. Januar 1946 gegenüber zu legen. Bei der Vorababgabe dieser Steueranmeldung finden die Bestimmungen des Artikels 71 dieses Gesetzes entsprechend Anwendung.

Artikel VIII

Alle unbeschränkt vermögenssteuerpflichtigen natürlichen Personen, deren Gesamtvermögen RM 1 000,- übersteigt, haben eine neue Vermögenssteuererklärung, aus der der Wert ihres Vermögens nach dem Stand vom 1. Januar 1946 ersichtlich ist, abzugeben. § 12 (1) (1) der Durchführungsverordnung zum Vermögenssteuergesetz wird hiennt entsprechend abgeändert.

Alle anderen natürlichen als Rechtspersonlichkeiten, die gemäß § 12 (1) (1), (2) und (3) der Durchführungsverordnung zur Abgabe einer Vermögenssteuererklärung verpflichtet sind, haben eine neue Erklärung abzugeben, aus welcher der Wert ihres steuerpflichtigen Vermögens vom 1. Januar 1946 ersichtlich ist. Personen, die gemäß Absatz 1 dieses Artikels zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind, setzen sich den im Gesetz vorgesehenen Strafen aus, wenn die Abgabe der Steuererklärung unterlassen oder der Wert des steuerpflichtigen Vermögens zu niedrig angegeben.

Die deutschen Steuerbehörden haben alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Steuerentlastungen zu überprüfen.

Artikel IX

Alle übrigen deutschen steuerrechtlichen Bestimmungen, die mit dem Vermögenssteuergesetz unvereinbar sind, treten außer Kraft oder werden hiennt nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes abgeändert.

Artikel X

Die in diesem Gesetz vorgesehenen Steuerfußes sind erstmals mit Wirkung vom 1. Januar 1946 anzuwenden. Ausgetrigert in Berlin, den 11. Februar 1946.
Armeekorps-General P. KOENIG
Marschall der Sowjetunion G. SIBULOW
General Joseph W. STROUD
Admiral R. M. BURROUGH

„Aber die Masse ist es in die Wagschale, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie lehrt.“ Karl Marx: Integral-Adresse

„In allgemeinen kommt es wieder auf das alte alte Programm einer Partei an, ob es gut, was es tut.“ Friedrich Engels Brief zum Gotha Programm

Einhelhaft demokratisches Regiment

Die Gegner der Einheit

NO. Die Frage der Einheit der beiden Arbeiterparteien — der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei — wurde im gegenwärtigen Augenblick zur grundlegenden Frage des innerpolitischen Lebens des heutigen Deutschlands. Obgleich diese Frage praktisch zunächst nur in der sowjetischen Besatzungszone gelöst wird, so tritt ihre Bedeutung doch über den Rahmen dieser Zone hinaus. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen der westlichen Zonen müssen unvermeidlich die eine oder andere Stellung zu dieser wichtigsten politischen Frage einnehmen. In der Sozialdemokratischen Partei kann neben einer überwiegenden Zahl von Anhängern zur Schaffung einer Einheitspartei auch zögernde Elemente und sogar Gegner der Vereinigung mit der Kommunistischen Partei finden.

Die aktive Tätigkeit im Kampfe gegen die Einigung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei entwickelte in den westlichen Zonen Dr. Schumacher. Vor einiger Zeit ist er sogar nach Berlin gekommen, um einen Druck auf die führenden Politiker der Sozialdemokratischen Partei der sowjetischen Zone auszuüben und diese zum Verzicht auf die Bildung einer Einheitspartei zu veranlassen; widrigenfalls drohte Dr. Schumacher mit einer Spaltung der Sozialdemokratie. Der Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zeigte volles Verständnis für die Größe der historischen Aufgaben, die nicht allein vor der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch vor der deutschen Nation stehen, und alle Versuche Dr. Schumachers endeten mit einem Mißerfolg.

Die Einigung der beiden Arbeiterparteien und die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei wird durch die historischen Lehren der zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg verlassenen Jahrzehnte diktiert, die nicht allein für die historische Notwendigkeit für eine deutsche Volkswirtschaft, wenn es gewillt ist, die wahre Demokratie zu schaffen und das Land gegen eine Wiederholung der Bildung faschistischer und militaristischer-aggressiver Elemente zu sichern. Es ist bezeichnend, daß Dr. Schumacher in keiner von seinen Reden, in keinem seiner Lehren, in keinem der Vergangenen berücksichtigt und niemals ein einziges Wort über die Schaffung eines Deutschlands verlauten ließ, in dem die Entstehung des Faschismus und Militarismus unmöglich wäre. Alle diese Probleme existieren einfach nicht für Dr. Schumacher. Statt dessen gefällt er sich in oberflächlicher Propaganda darüber, daß die Vereinigung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in der Sowjetzone angeblich durch Zwang herbeigeführt wird und nur der Kommunistischen Partei zugute kommt. Es ist nicht notwendig, laienmäßige Erklärungen über die Widerlegung dieser verleumdenden Behauptung zu verlieren. Bekanntlich waren die Führer der beiden Arbeiterparteien bereits während der Periode der Hiterherrschaft in Deutschland zu der Idee der Vereinigung dieser Parteien gekommen, und zwar gerade die Aktivisten der beiden Parteien, die gemeinsam in faschistischen Folterkammern und KZ-Lagern litten, bereits in jener düsteren Periode waren sie zu der festen Überzeugung gekommen, daß man nach dem Zusammenbruch des Faschismus über die Spaltung der Arbeiterbewegung ein Ende machen und eine Einheitspartei schaffen müsse, die die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in Deutschland wirklich vertreten und verteidigen könnte. Damals war Deutschland noch nicht besetzt, und niemand konnte einen Zwang auf die in den faschistischen KZ-Lagern lebenden aktiven Politiker der beiden Parteien ausüben. Es ist ferner bekannt, daß Dr. Schumacher ebenfalls in der damaligen Zeit ein glühender Anhänger der Schaffung einer Einheitspartei war, und wir haben keine Veranlassung anzunehmen, daß damals irgend jemand irgendwelchen Zwang auf ihn ausübte.

Die Redensarten Dr. Schumachers über den „Zwang“ sind lediglich ein propagandistischer Trick, der die Diskreditierung der Idee der Einheit und der praktischen Tätigkeit zur Bildung dieser Einheit deren Gegner Dr. Schumacher ist, zum Ziele haben.

Einen wesentlichen Anteil des propagandistischen Feldzuges Dr. Schumachers bilden Betrachtungen darüber, daß durch diese Einigung die Kommunistische Partei allein gewinnt und daß diese praktisch die wichtigsten der Sozialdemokratischen Partei unter die Führung der Kommunistischen Partei herbeiführen wird. Es ist unschwer daraus zu ersehen, daß derartige Argumente nur Leute hervorbringen können, die mit der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse nichts gemein haben, die der Ansicht sind, daß nicht sie der Arbeiterklasse dienen, sondern diese verpflichtet ist, ihren gewinnstüchtigen egoistischen Zielen zu dienen.

In Wirklichkeit existiert weder die Kommunistische noch die Sozialdemokratische Partei als eine Sache an sich und nicht um ihrer selbst willen. Sie sind politische Organisationen, die berufen sind, die Interessen der Arbeiterklasse als ein Ganzes zu verteidigen. Sie bestehen, um für die Interessen der Arbeiterklasse, für die Interessen der Werktätigen zu kämpfen. Deshalb unterstützen sie auch natürlich und heißen dasjenige gut, was den Interessen der Arbeiter und aller Werktätigen entspricht. Die zur Zeit nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern bestehende Spaltung der Arbeiterbewegung schwächt die Kräfte der

Einheit auch in West und Süd

In kurzen Abständen veröffentlichten gewisse Zeitungen immer wieder Meldungen aus Frankfurt a. M., die besagen sollen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in West- und Süddeutschland gegen die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei sind. Dabei fehlt dann nie der Zusatz, daß die Verschmelzung der SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone nicht auf demokratischer Grundlage, sondern auf Zwang beruhe. Mit dieser Zwecklüge mögen sich nun die Gegner und Saboteure der Einheit selbst betrogen, die Verwirklichung der Arbeiter-Einheitspartei kann sie damit auch in West- und Süddeutschland nicht aufhalten.

Enge Zusammenarbeit im Ruhrgebiet

Im gesamten Ruhrgebiet vertieft sich die enge Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei und besonders zwischen den Betriebsräten beider Parteien, zum Beispiel bei Krupp, Dortmund-Union, Bochumer Verein, Hösch und den Straßenbahnen in Herne und Essen.

Auf 185 Schachtanlagen des Ruhrgebietes besteht enge Zusammenarbeit. Diese Tatsache kam sowohl bei den Betriebswahlen, als auch auf der Bochumer Konferenz zum Ausdruck. Der Wille zur Einheit fand dort in den gemeinsam gefaßten Entscheidungen und der Bildung eines Einundzwanziger-Ausschusses ihren Ausdruck.

In Düsseldorf haben Besprechungen der KPD und der SPD-Leitung stattgefunden, die zu einem gemeinsamen Aktionsplan geführt haben. Gemeinsame Tagungen der Düsseldorfer SPD und KPD-Stadträte wurden vereinbart. Die Beschaffung von Baustoffen, die Herstellung von Wohnungen wird gemeinschaftlich betrieben. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Straßenbahner haben zwei gemeinsame Versammlungen durchgeführt.

In Wuppertal, Schwelm und anderen Orten des Gebietes wurde von Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam eine „Volkshilfe zur Linderung der Not“ geschaffen. Auf einer

gemeinsamen Kundgebung der beiden Arbeiterparteien in Schwelm wurde der Wunsch nach Vertiefung der gemeinsamen Arbeit ausgesprochen.

Aktionsgemeinschaft in Ulm

Vertreter der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei im Stadt- und Landkreis Ulm beschlossen eine enge Zusammenarbeit zur Durchführung aller Aufgaben. Zu diesem Zweck wurde ein Ausschuß gebildet, in dem jede Partei mit fünf Mitgliedern vertreten ist.

In den Boshwerken in Stuttgart-Feuerbach fand eine Belegschaftsversammlung statt, an der 1500 Arbeiter und Angestellte teilnahmen. Der Betriebsrat hatte zu dieser Versammlung auch Vertreter des Landesvorstandes der SPD und der Bezirksleitung der KPD eingeladen. Nach deren Referaten wurde einstimmig eine Resolution für den Zusammenschluß der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei angenommen.

In Heilbronn wurde zwischen den beiden Arbeiterparteien ein gemeinsames Aktionsprogramm für alle wichtigen Fragen der Gemeindearbeit festgelegt. Durch die Zusammenarbeit wollen beide Parteien positive Voraussetzungen schaffen und aus dieser Zusammenarbeit heraus zur Klärung auch der ideologischen Fragen kommen.

Kreis Osterburgs Einheitsbekenntnis

Bildung eines Organisationskomitees

Die Funktionäre der KPD und der SPD im Kreise Osterburg haben den einstimmigen Beschluß gefaßt, die baldige Vereinigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien durch sofortige Bildung eines gemeinsamen Organisationskomitees zu fördern.

Die Konferenz forderte in einer Entschliessung:

1. Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes durch Sicherung der Frühjahrsbestellung und Ausnutzung jedes Quadratmeters Boden.
2. Organisation der gegenseitigen Bauernhilfe.
3. Aufbau und Planung des gesamten Wirtschaftslebens.
4. Ausmerzung der Ueberreste des Faschismus im Kampf gegen alle reaktionären Bestrebungen.
5. Kampf für die Einheit Deutschlands als Voraussetzung unseres Lebens.

Beschluß:

1. Es wird ein Organisationskomitee gebildet für den Kreis Osterburg: a) zur Beschleunigung des organisatorischen Zusammenschlusses, b) zur Sicherung von Einheit und Aufbau, c) zur Bekämpfung des Faschismus, d) zur Wiederherstellung des Vertrauens der freilebenden Völker.
2. Das Organisationskomitee besteht aus folgenden Genossen: Behrens, Walch, Weber.

Arbeiterklasse und erweist sich letztlich als schädlich für die Interessen der Werktätigen. Dr. Schumacher kümmert es aber nicht, daß die Arbeiterklasse durch die Spaltung in der Arbeiterbewegung verliert, er kümmert ihn auch nicht, daß die Arbeiterklasse durch die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gewinnen wird. Er geht an die Dinge nicht vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse heran, sondern von dem egoistischen Interessen. Ein ehrlicher Vertreter der Interessen der Arbeiter, ein Kämpfer für die Sache der Werktätigen wird stets seine Kräfte der gemeinsamen Sache widmen und seinen Platz in den Reihen der aktiven Politiker finden. Für solche sind die wichtigsten der Interessen der Arbeiterklasse, die Interessen der Werktätigen. Von diesem Standpunkt aus aber bedeutet die Schaffung einer Einheitspartei einen ungeheuren Gewinn nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für das gesamte deutsche Volk.

In der Waffenschmiede der politischen Argumente Dr. Schumachers gibt es noch einen verrosteten Pfeil. Er bedeutet, daß die Schaffung einer Einheitspartei das Ende der Demokratie bedeuten werde. Man kann hier wahrheitsgemäß sagen, daß die Beschlüsse Dr. Schumacher als einen höchst ungeschickten Demagogon entlarven: er wirft sich in die Toga eines Demokraten und tritt für eine Demokratie ein, in der aus nur ihm allein bekannten Gründen es unbedingt eine Spaltung in der Arbeiterbewegung gibt muß.

Wo- und in welchen Grundstufen der Demokratie steht es, daß die Arbeiterbewegung unbedingt gespalten werden muß, weil sonst die Demokratie aufhört, eine Demokratie zu sein? Die Antwort gibt uns ein jeder, der die Demokratie, während dessen zwei Arbeiter-

Begegnung mit Revolutionären

Es war im Jahre 1924 auf der Lunawiese bei Leipzig. Wir, d. h. die sozialistische Arbeiterjugend, hatte ein Mitteldeutsches Treffen, verbunden mit einer Anti-Kriegskundgebung. Plötzlich hieß es: Ernst Toller spricht! Dieser Ruf wirkte alarmierend auf zehntausende Jungen und Mädchen. Alle drängten voller Interesse und Begeisterung in die Nähe des Rednerpodiums. Da stand er, der proletarische Dichter und Kämpfer, der eben aus der Bayerischen Festungshaft entlassen war: Schlank, schwarzhaarig, blaß und schmal mit dunklen, feurigen Augen. „Das Mensch gewordene proletarische Gewissen“ schrieb damals die Leipziger „Volkszeitung“. Mahnend und anklagend zugleich erhob Toller seine Stimme gegen den Krieg, der Millionen von Menschen auf der ganzen Erde in tiefstes Unglück stürzte.

„Die Internationale der Welt hat versagt. Im entscheidenden Augenblicke kämpfte der deutsche gegen den französischen, englischen und russischen Sozialisten. Alle Bande der Brüderlichkeit waren zerrissen. Die Wengen, die aufstanden wider den Krieg, wie Jaurès, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg wurden hingerichtet, erschossen oder wanderten jahrelang in bitterer Zuchthausmauern“. Frauen, Mütter und Bräute hinderten nicht die Hinausziehenden, sondern schmückten sie mit Blumen und stärkten den Hurrapatriotismus. Der Krieg hätte vor allem früher beendet werden müssen. Aber er starb an sich selbst. Das war ein Verbrechen an der Menschheit. O, das meine Stimme dich, revolutionäre, proletarische Jugend anhörte, laß auch nie wieder in einen Krieg hineinziehen! Werkzeuge aller Länder bündet euch, bündet euch!“ Voller Leidenschaft und Eindringlichkeit rief Toller um diese Worte zu den vielen Endstimmig: erlang aus jugendlichen Kehlen Echo: „Nie, nie wieder Krieg!“ Das war 1924.

15 Jahre später war alles vergessen.

Eines anderen Revolutionärs, der auch ein Opfer der damaligen Bayerischen Klassenjustiz geworden war, will ich noch gedenken: Felix Fechenbach, der Sekretär Kurt Baumbach, des ebenfalls schmachvoll von der Reaktion ermordeten Ministerpräsidenten der Bayerischen Räterepublik und wurde vom Bayerischen „Volksgerichtshof wegen angeblichen Landesverrats zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Prozeß dieses ehrlichen, aufrichtigen Revolutionärs hat seinerzeit ziemlich Aufsehen in Deutschland erregt. Stand er doch im schreienden Gegensatz zu dem eines tatsächlichen Hochverraters. Während der Sozialist Fechenbach und mit ihm viele andere tapfere Kämpfer einer gerechten und gerechten Wahrung der Unschuld anerkennen, kam der Hochverräter Hitler, der den Tod für seinen Verrat der Arbeiterschaft und seine Rebellion gegen die demokratische Republik dreifach verdient hätte, mit einer lächerlich kurzen Festungshaft davon. Fechenbach gehörte zu den Menschen, die unbeirrbar und kompromißlos den einmal für richtig erkannten Weg gehen. Sein Streben galt der Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Er war nicht unter denen, die die Nationalsozialisten als „politische Kinder“ abtun wollten und nicht ernst nahmen, sondern trat für einen energischen Kampf gegen alle Undankbarkeit, Rohheit und Anmaßung gegenüber allen Anderdenkenden ein. Die Qualtung dafür erhielt er einige Jahre darauf. Im August 1933 durchlief die Presse wenige Zeilen: „Auf der Flucht aus dem Konzentrationslager Dachau wurde der marxistische Redakteur Felix Fechenbach erschossen!“

Heute stehen wir vor der Frage, ob wir endlich aus dem Vergangenen lernen und unsere Schlüsse ziehen wollen. Es darf nicht sein, daß das edle Blut der Revolutionäre für Arbeiterschaft und Sozialismus, die gemordet wurden, umsonst verströmt. Die Millionen, die jahrelang in Zuchthäusern und Konzentrationslagern Schmach und unsägliches Leid erduldeten, dürfen ihr Opfer nicht vergebens gebracht haben. Auch den vielen Gallienen dieses Krieges in allen Ländern sind wir schuldig, unter allen Umständen zu verhindern, daß es jemals wieder zu einer blutigen Auseinandersetzung kommt! Darum wollen wir als geeinte, geschlossene Arbeiterklasse zusammen mit allen positiven Kräften alles tun, um den heutigen Staat wieder aufzubauen und ihn so zu festigen, daß niemals wieder die Macht der Reaktion Deutschland als Spielball ihrer egoistischen, imperialistischen Interessen betrachten können! Alma Linneweber.

Berichtigung

In der letzten Nummer der Beilage „Die Einheit“ befand sich ein Anwerbe des Organisationskomitees für die bevorstehenden Wahlen zu den Parteitag. Darin hieß es über die Wahlen auf den Kreisparteitagen:

„Zugleich werden die Delegierten für den Provinzparteitag nach der Mitgliederzahl der Bezirke und dem Maßstab gewählt, das die Provinzparteitage jeder Partei 500 Delegierte umfassen sollen.“

Der richtige Text muß lauten: „Zugleich werden die Delegierten für den Provinzparteitag nach der Mitgliederzahl der Kreise und dem Maßstab gewählt, daß die Provinzparteitage jeder Partei 500 Delegierte umfassen sollen.“

Bitterfelder Konsumgenossenschaft

In Bitterfeld fand die erste Generalversammlung der Bitterfelder Konsumgenossenschaft statt. 90 gewählte Vertreter waren anwesend.

Einleitend bewies der erste Aufsichtsratsvorsitzende Schweibinger, daß die Gewerkschaft als Träger der Produktion und der Genossenschaft als die Organisatorin des Verbrauches zusammenwirken. Beide bedürfen zu ihrer vollen Entfaltung der mächtigen Stütze durch die einheitliche Partei der Arbeiterklasse.

Nach dem Bericht des 1. Geschäftsführers, Gen. Korthaus, hat sich die Zahl der Verteilungstellen von 35 auf 60 erhöht und die Dörfer sind restlos erfüllt. Die chemischen Werke Bitterfeld liefern 50 Prozent ihrer Fertigwaren, die über die Planstelle in Halle an die Konsumgenossenschaften der Provinz verteilt werden.

Schwämme, Feuersteine, Nähfäden usw. werden planmäßig nach den anderen Gebieten umgeschlagen. Noch steht die Genossenschaftsbewegung am Anfang ihrer Entwicklung. Das Ziel, die Masse der Verbraucher restlos zu erreichen, verpflichtet die gewählten Vertreter und auch jedes Mitglied.

Nachdem der 2. Geschäftsführer Petermann aufgezeigt hatte, daß die in der Vollendung stehende Sozialistische Einheitspartei den Genossenschaften einen ungeheuren Aufschwung bringen wird, erfolgte eine rege Aussprache. Bürgermeister Eckert sieht in der Einheitspartei die bewegende Kraft unserer Wirtschaft und Politik. Was der Arbeiter erzeugt, soll ihm auch wieder zufließen. Genosse H a b y wandle sich an die Frauen, die die beruflichen Tätigkeiten unserer Genossenschaftsbewegung werden müssen. Genosse K i r m b e, Bitterfeld, wies darauf, daß gegenüber einem Mitgliederstand von 4500 im Jahre 1929 heute schon 10 000 Mitglieder erlaubt sind. Wenn heute auch nichtmitglieder einkaufsberechtigt sind, so steigt das so wohl den Gewinn als auch die Werbekraft. Auf eine Verbilligung der Produkte der chemischen Werke soll hingewirkt werden. Im Schlußwort wies Gen. Korthaus auf die eröffneten Musterverkaufsstellen bei den chemischen Werken in Bitterfeld und Wolfen hin.

In Anerkennung seiner Befähigung wurde auf Antrag der Aufsichtsrats und Vorstand einstimmig wiedergewählt. Nach vollzogener geheimer Wahl sprach Gen. Schwibinger das Schlußwort. Er sagte: Die Gewerkschaft und die Konsumgenossenschaft meistern in zusammengeballter Kraft den sozialen und wirtschaftlichen Aufbau. Die Erfolge kommen uns allen zugute. Wir alle haben uns auch mit ganzer Kraft dafür einzusetzen.

Merseburger Nachrichten

Merseburg. Der Antifaschistische Frauenausschuß beim Magistrat der Stadt Merseburg hat einen Aufruf erlassen, in dem die strengste Bestrafung aller derjenigen gefordert wird, die sich im Kriege und in der Zeit vorher gegen Gesetz und Menschlichkeit vergangen und das größte Unglück über die ganze Welt gebracht haben. Alle Frauen müssen sich zusammenschließen, zu einem Vulkanschuß und aktiv am Neuaufbau Deutschlands teilnehmen. Die Männer gemeinsam wollen sie den Kampf führen zur restlosen Ausmerzung des Nazismus und zum Aufbau der neuen Welt. Alle Frauen sollen an den Arbeiten gehen müssen, betont der Aufruf, daß im Zusammenhang mit der Stadtverwaltung, dem FDGB und den vier Antifa-Blockparteien alles getan werden muß, um die wertigsten Frauen durch beschleunigte Umschulung die Berufsarbeit zu erleichtern. Der Ausschuß tritt ein für die Erfüllung aller Forderungen der Arbeiterinnen, die Arbeit und Leistung. Auch für die Lösung aller sozialen und hygienischen Probleme setzt sich der Frauenausschuß energisch ein und weist auf die Vorkommnisse der letzten Wochen hin, die ein Vorbild für alle Frauen von Merseburg werden soll.

Der Bezirkspräsident des Verwaltungsbezirks Merseburg gibt bekannt: Der Publikumsverkehr beim Bezirkspräsidenten des Verwaltungsbezirks Merseburg ist ab dem 1. März 1946 in der Form eines ordnungsmäßiger Geschäftsgangdarstellung beendet. Es ist daher nicht mehr möglich, persönlich Besuche beim Bezirkspräsidenten entgegenzunehmen. Der mündliche Verkehr muß auf die Vormittagsstunden beschränkt werden, nachmittags kann keine Besucher mehr abgefragt werden. Die Medialisten sind ab dem 1. März 1946 die Stabsverkehrsstelle der Bezirksverwaltung sind in Zukunft unmittelbar unter den Rufnummern 2817 und 2818 erreichbar.

Junkerschloß wird Volksschule

Die Volksschule in Wiehe (Unstruttal) hat mit ihren sieben, Lehrkräften insgesamt 473 Kinder zu unterrichten. Das ist eine Tatsache, die beweist, wie unsere Schule im Augenblick noch unter dem Mangel an geeigneten Lehrkräften zu leiden hat. Hinzu kommt noch, daß die alten Schulgebäude nicht mehr den Anforderungen genügen können, da sie bei ihrer Erbauung nicht für eine derartige große Schülerrzahl vorgesehen waren. Abgesehen von dem Raumangel, dem Fehlen eines Spielplatzes usw. befindet sich die alte Schulgebäude zum großen Teil an den Straßen, die vom Verkehr am stärksten beansprucht sind und somit in den Pausen und am Schluß der ersten Gefahr für das Kind werden.

Alle diese Probleme sind in nachkommender Weise in Wiehe gelöst worden. Das ehemalige Herrenhaus des Barons von Werther, das selbstverständlich an der schönsten Stelle des Ortes gelegen ist, wurde mehrmals in seinem ersten und zweiten Stockwerk zur Schule eingerichtet.

Die großen helligen Räume sind zu Klassenzimmern umgestaltet worden, in denen sich die Kinder wohl fühlen und der Unterricht nicht durch Straßenlärm gestört werden kann. In den anderen Räumen wurden die Volksschulbücherei und der Handarbeitsraum eingerichtet. Freie Plätze und Wege um das Schloß und in den alten Parkanlagen dienen den Kindern zum Spielen und zur Erholung. Nach Beendigung der noch notwendigen Umbauten wird dieser alte, feudale Schloßbesitz eine ideale Erziehungsstätte für unsere Jugend sein.

Schulung der Jugend

Volkst. In einer Mitgliederversammlung der SPD wurde beschlossene gemeinsame Schulungsabende mit der KPD durchgeführt, die dazu beitragen werden, allen Genossen Sinn und Ziel der Sozialistischen Einheitspartei klarzumachen. Eine besondere Maßnahme richtete sich auf die politischen Genossen, durch Besuch der Schulungskurse sich über das politische Streben zur Einheitspartei zu informieren, und sich für die Ziele Deutschlands das erforderliche Rüstzeug zu erwerben.

Freien. Zu einer Versammlung der SPD waren vor allem die Antifaschistischen Gruppen, die auch während der Nazizeitortorzeit treu blieben. Genosse H a u p t e r b e l von der Konsumgenossenschaft Solidarität Weibensel sprach über den Aufbau und Ausbau der Konsumgenossenschaften und warf ein Bild von der bisher geleisteten Arbeit. Es ist schon vieles wieder erreicht, aber es bleibt in Zusammenhang von Partei und Gewerkschaften noch vieles zu tun, um das große Ziel, alle Arbeiter für die Konsumbewegung zu erfassen, zu verwirklichen. Geheuren ist die Masse zur Konsumgenossenschaft hin zu ziehen. Die Warenverteilung und -ausgabe zwischen Handel bald ausgeschaltet sein. In unserer Zeit ist die Konsumgenossenschaft mit ihrem Großenklauf, der viele Vorteile für den Verbraucher bringt, die einzige soziale Einrichtung. Der verlagerte Geschäftsanteil kann in der Zeit von zwei Jahren einbezahlt werden, so daß es jedem Mitglied, die Mitgliedschaft und damit das Mitbestimmungsrecht für Vorstand und Aufsichtsrat zu sichern.

Zeit. Im Arbeitskreis junger Sozialdemokraten gab es zwei frohe und auch lehrreiche Stunden. Friedrich B e r g w o l f, ein bekannter Theater- und Musik, in seinem Vortrag, gewürzt mit Witz und Kritik, führte er uns ein in das Phantasievermögen der Menschen und richtete sich auf die Schauspieler, eine Operette zur Schöpfung und Vollendung gelang. Ebenso stellte er eindrucksvoll die Wirkung der klassischen und Schlagermusik gegenüber. Ferner sprach er über die weiteren Tätigkeiten unserer Stadtheater und machte dabei auch den Begriff Berufschauspieler und Laienspieler klar.

Salzitz (Kr. Zeitz). Auch die Jugendlichen des Ortes haben den Ruf der neuen Zeit verstanden. Zur Gründungsversammlung der Antifa-Jugend war über die Hälfte aller Jugendlichen erschienen. Genosse W. K n e w i t z hielt ein längeres Referat über die Jugendfragen und forderte zur Sammlung aller in die „Freie Deutsche Jugend“ einzutreten. Anschließend erfolgte die Wahl des Jugendausschusses von Salzitz. Die Schaffung eines Jugendbüros, Gründung eines Jugendclubs und Einrichtung einer Jugendbücherei sind vorgesehen. Durch freiwillige Spenden und Ankauf ist bereits ein Bestand von Büchern im Wert von mehreren hundert Mark im Zeitzler Stadttheater werden Jungen und Mädels regelmäßig teilnehmen.

Unsere beschädigten Kunstwerke

Aus der Arbeit des Provinzialkonservators

Die Überwachung und Instandsetzung der Kunstdenkmäler, der historischen und heimatländischen, bedeutsamen Bauwerke, auch ganzer Stadtteile, obliegt der Dienststelle des Provinzialkonservators. Das schon in Friedenszeiten sehr wichtige Arbeitsgebiet erhielt durch die Folgen des Krieges erhöhte Bedeutung, sind durch eine Reihe von Kunstschicksalen, den Kriegereignissen zum Opfer gefallen oder teilweise schwer beschädigt worden.

Hier gilt es zu erhalten, was noch brauchbar ist und entstandene Schäden zu beheben. Einigen unschönen, was mit den verlotterten schwer beschädigten Bauten werden soll, seien es nun die Dome von Magdeburg und Halberstadt oder eine der sonstigen alten Kirchen, Rats- und Bürgerhäuser, die unseren Städten ihr Gepräge geben. Diese Bauten vor dem Verfall durch geeignete Maßnahmen zu sichern, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Provinzialkonservators.

So gelang es beispielsweise, aus den Schuttmassen des alten hallischen Rathauses die von dem Meister H i v e r stammende Steinfigur der St. Helena aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts herauszugraben, die glücklicherweise nur wenig beschädigt ist und in der Werkstatt des Konservators sichergestellt wurde, bis sie später einmal wieder an ihrem alten Platz aufgestellt werden kann.

Die Werkstatt des Provinzialkonservators wurde 1925 errichtet. Viele bedeutende Kunstwerke sind inzwischen hier wieder instandgesetzt worden. Es ist erstaunlich, was aus kaum zu schätzen, was teilweise in der Werkstatt und wärmstümlichen sakralen und profanen Gegenständen nach entsprechender

Verarbeitung sich für Kunstwerke herauskristallisieren. Es ist für die Künstler, die hier mit Tinkturen, Leimtopf, Farbe und Pinsel umgehen, eine schwere, langwierige und mühevoll Kleinarbeit, etwa ein Bildwerk wieder in seinen ursprünglichen Farben herzustellen. Die Medialisten sind vorhanden, die Volkstümlichkeit der Männer; die hier wirken, bleiben ungenannt und leisten doch etwas, was von hohem, künstlerischem und bleibendem Wert ist.

Da ist z. B. eine verschmutzte, zerbrochene, wurmstichige Plastik, die Farben sind nicht mehr erkennbar. Es gilt nun zunächst einmal, die Sicherung gegen Verfall zu gewährleisten. Mit Spiritus und einer Harzmasse getränkt, muß das Werk monatelang stehen, bis es wieder fest und bruchtauglich geworden ist. Vom Schmutz und Staub gereinigt, müssen die Sicherungsmittel entfernt werden, das Ganze wieder mit neuen Farben übermalen werden, um das Kunstwerk in seiner ursprünglichen Schönheit erstehen zu lassen.

Zur Zeit wird der große Altar der hallischen Ulrichkirche restauriert. Hier handelt es sich um Gemälde, Figuren und reiches Schnitzwerk. Die Instandsetzung wird infolgedessen lange Zeit in Anspruch nehmen. Daneben laufen natürlich noch kleinere Arbeiten, die mit der gleichen Sorgfalt und Liebe erledigt werden. Arbeit ist für die ausführenden Künstler in reichem Maße vorhanden, sind doch immer wieder Kunstgegenstände in dieser „Klinik“ zu „operieren“ und am Leben zu erhalten.

Sicherlich werden die Aufgaben noch größer, wenn erst der gesamte beschädigte Kunstbestand geborgen und sichergestellt ist. Um den Bestand von Kunstwerken in der Provinz zu sichern, sind die wichtigsten Aufarbeiten zu stören, wieder hergestellt zu werden. - E. G. -

Verbesserung des Stadtbildes

Torgau. Die Stadt genößt einst den Ruf einer besonderen Sauberkeit. Das soll und muß wieder so werden. Trotz aller Kriegsschäden kann vieles getan werden, z. B. hinsichtlich der Werbung, indem alle veralteten Plakate und Klebezettel rasch verschwinden. Für feste Plakatierung müssen wieder bestimmte Orte und Gelegenheiten ausgesucht werden. Das Stadtbild wird gewiß wieder freundlicher, wenn auch den Grünanlagen ein besonderes Augenmerk gewidmet wird. Kinder und Erwachsene dürfen die Anlagen nicht mutwillig beschädigen, sonst bleiben alle Arbeiten des Stadtgärtners verunzogen. Die unmittelbaren Anlieger könnten sich ein Verdienst erwerben, wenn auch sie gelegentlich mit Hand anlegen, um einer Verunreinigung der Anlagen entgegenzuwirken. Es ist nur eine Kleinigkeit, wenn auch die Menschen freundlicher werden und damit den Anbruch einer neuen Zeit dokumentieren.

Ehrenabend in Weitelode

Von der Volksschule Weitelode wurde ein Ehrenabend veranstaltet, bei dem auch die Antifa-Jugendgruppe mitwirkte. Nach einem Begrüßungsspiel der Schuljugend ergriff Genosse Schabel das Wort. Er gab einen Rückblick über die Arbeit der Schule in der letzten Zeit und erläuterte dabei, wie die Schwerkranken aus dem Weg geräumt wurden, die bei Beginn des Unterrichts noch vorhanden waren. Er wies ferner auf die Sinnlosigkeit des gegenseitigen Völkermordes hin und ermahnte die Jugend zu eifriger Mitarbeit im antifaschistischen Sinne. Nach Lied- und Gedichtvorträgen folgte das Märschspiel „Frau Holle“, das von den Schulkindern gespielt wurde. Die Antifa-Jugend brachte das Lustspiel „Der seltsame Florian“ und erzielte damit einen großen Heiterkeitserfolg. Der Abend war ein voller Erfolg, und die Weiteloder Schüler herzlich bald wieder solche eine Veranstaltung.

Mehr Dünge- und Spelsalze

Die Bergkumpeln der Stafffurter Salzsäzschächte sind sich der Wichtigkeit ihrer Arbeit für das deutsche Wirtschaftsleben bewußt. Satz bezieht man zum größten Teil auf die so wichtige Zone aus Staffort. Nachdem jetzt als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit die Sicherung der Frühjahrsbestellung proklamiert wurde, gewinnt auch die Bereitstellung der benötigten Mengen Düngesalze gesteigerte Bedeutung. In Anbetracht dessen ist man dabei, die Produktion unter Tage wie auch jene in den Betrieben über Tage ganz beträchtlich zu steigern. Tatkräftig ist an diese Aufgabe herangegangen worden, was auch daraus ersichtlich ist, daß bisher nichtbeschäftigte oder auch nicht vollbeschäftigte Kräfte dem Stafffurter Salzberaub und der weiterverarbeitenden Industrie als Hilfskräfte zugewiesen werden. Der Erfolg dieser Maßnahme wird gewiß nicht lange auf sich warten lassen. - v. K.

Weienfels. Unter den Teilnehmern am Lehrgang für Neulehrer besteht ein Mangel an geeigneten Lehrbüchern. Es werden Bücher über Pädagogik, Psychologie, Chemie, Physik, Die und Pflanzenkunde, Rechnen, Raumlehre, Erdkunde, Deutsche Sprachlehre, Deutsche Literatur und Musiklehre benötigt. Es wird ersucht, Anzeigen über Spenden im Direktionszweck Lehrganges, Neustädter-Schule in Weienfels, abzugeben, oder mit Postkarte zu melden.

Delitzsch. In der Delitzscher Oberschule gab Gen. Schmidt den Schülern einen Bericht über das KZ-Lager Sachsenhausen, in dem er fünf Jahre zubrachte. Er schilderte die unsagbaren Leiden der 33 000 Lagerinsassen. Von Grauen erfüllt folgten die Zahlen des Lebens, der Arbeit, der Strapazen und starben erst auf, auf der Redner von der ereignisreichen Kameradschaft der aus 20 Nationen bestehenden Lagergenossenschaft sprach. Nach Beendigung des Referats betrat die Schülerschicht die gehörten Tatsachen in der Jugend den Willen erkennen müssen, nie wieder solche Lager zu dulden. Gleichzeitig sei aber aus dem Bericht zu sehen, daß auch eine Volksgemeinschaft möglich ist.

Die Mutter

ROMAN VON MAXIM GORKI

Geschrieben im Jahre 1907

24. Fortsetzung

Die Mutter sah erst sie an, dann Jegor und rief leise: „Wie streng Sie alle mit sich sind!“ Als Saschenka ihren Tee getrunken hatte, drückte sie Jegor schweigend die Hand und ging in die Küche; die Mutter begleitete sie. In der Küche sagte Saschenka: „Wenn Sie Ihren Sohn sehen, grüßen Sie ihn von mir bitte!“

Und während sie nach der Tür griff, wandte sie sich plötzlich um und fragte leise: „Darf ich Sie küssen?“ Die Mutter umarmte sie schweigend und küßte sie lang.

„Ich danke Ihnen!“ sagte das Mädchen leise und ging klopfnackend fort.

Ins Zimmer zurückgekehrt, blickte die Mutter unruhig zum Fenster hinaus. In der Finsternis hielten große Schneefetzen zu korpeligen. „Erinnern Sie sich noch an Prosorows?“ fragte Jegor.

Er sah breitbeinig da und blies laut in seinen Tee. Sein Gesicht war rot geschwitzt und zufrieden. „Ja, ja, ich erinnere mich...“ sagte die Mutter nachdenklich, seitwärts an den Tisch setzend. Sie erzählte, was Jegor einen traurigen Blick zu und meinte gedehnt: „Ja, diese Saschenka... Wie die nur hinkommt!“

„Sie wird müde werden!“ pflichtete Jegor ihr bei. „Das Gefängnis hat ihr sehr zugeeignet, früher war sie kräftiger... Außerdem ist sie

etwas weichlich erzogen... Ich glaube, sie hat auch ein schwaches Lung...“

„Was ist sie denn eigentlich?“ erkundigte sich die Mutter.

„Tochter eines Gutsbesizers, ihr Vater ist ein großer Gauner, wie sie sagt. Wissen Sie, daß sie sich heiraten wollen?“

„Wer?“

„Sie und Pawel. Aber es wird nie etwas draus: wenn er frei ist, sitzt sie im Gefängnis, und umgekehrt!“

„Das habe ich nicht gewußt“, erwiderte die Mutter nach kurzem Schweigen. „Pawel spricht nicht davon.“

Jetzt hatte sie mit dem Mädchen noch mehr Mitgefühl. Unwillkürlich sah sie den Besucher an und sagte in unfreundlichem Ton: „Sie hätten sie begleiten sollen!“

„Läßt sich nicht einrichten“, erwiderte Jegor ruhig. „Ich habe hier massenhaft zu tun, und muß von frühmorgens an den ganzen Tag hin und her laufen. Keine angenehme Arbeit bei meinem Asthma...“

„Ein gutes Mädchen“, sagte die Mutter unheimlich, indem sie es das dachte, was Jegor ihr mitgeteilt. Es kränkte sie, die Neugier nicht von ihrem Sohn, sondern von diesem fremden Menschen gehört zu haben, sie preßte die Lippen zusammen und blickte finster.

„Ja, sie ist gut!“ nickte Jegor. „Ich sehe, sie tut Ihnen leid. Das hat keinen Zweck! Ihr Herz zieht einfach nicht. Wenn Sie uns Rebellen alle bedauern wollen. Eigentlich hat sie mich nicht so leicht um... Zum Beispiel kehrte kürzlich ein Freund von mir aus der Verschwörung zurück. Als er durch Nischni Nowgorod kam, erwarteten ihn Frau und Kind in Smolensk, und als er in Smolensk erschien, saßen sie in Moskau bereits im Gefängnis.“

„Aber Sie sind nicht nach Sibirien! Ich hatte auch eine Frau, ein prächtiges Wesen — fünf

Jahre eines solchen Lebens haben genügt, sie in Grab zu bringen.“

Er kränkte in einem Zuge sein Glas Tee aus und erzählte weiter. Er sprach von den Jahren und Monaten, die er im Gefängnis, in der Verbannung zugebracht, sprach von verchiedenen Unglücksfällen, von Mißhandlungen im Gefängnis; die Mutter sah ihn an, hörte ihm zu und wanderte sich, wie einfach und ruhig er von diesem Leben voller Leiden, Verfolgungen und Mißhandlungen sprach.

„Aber lassen Sie uns von unserer Angelegenheit sprechen!“

Seine Stimme veränderte sich, sein Gesicht wurde ernster. Zuerst fragte er sie, wie sie die Flugblätter in die Fabrik zu bringen gedachte, und die Mutter wunderte sich über seine genaue Kenntnis verschiedener Einzelheiten.

Als das erledigt war, sprachen sie wieder über ihr Heimatsdorf; er scherzte, sie aber kränkte nachdenklich in ihrer Vergangenheit, und die erschien ihr merkwürdig ähnlich einem Jahre, das einst in einem kleinen Erdbeben und mit zarten wie furchtsam zitternden Epen, niedrigen Tannen und zwischen den Hügeln verstreuten, weißen Birken bestanden ist. Die Birken wuchsen langsam, und wenn sie fünf Jahre auf dem moosigen, verfallenen Boden gestanden, so wuchs sie ein und starben ab. Sie sah dieses Bild vor sich, und ihr war untrüglich leidet um etwas Unbestimmtes. Vor ihr stand die Gestalt eines jungen Mädchens mit eigenwilligem Gesicht. Jetzt ging sie im Leben im Traum müde. Und ihr Herz sitzt im Gefängnis. Vielleicht schläft er noch nicht und denkt noch nach. Aber er denkt nicht an sie, an seine Mutter, ihm steht jemand anders näher. Schwere Gedanken zogen wie eine bunte, krause Wolke durch ihr Inneres und schwebten in den Himmeln.

Sie sind müde, Mama! Wollen wir nicht schlafen gehen? sagte Jegor lächelnd.

Sie verabschiedete sich von ihm und ging belustigt in die Küche, mit einem bitteren, schmerzenden Gefühl im Herzen.

Am nächsten Morgen fragte Jegor sie beim Frühstück: „Wenn man Sie nun erwischt und fragt, woher Sie all diese ketzerischen Schriften haben, was werden Sie dann sagen?“

„Geht euch nichts an, sage ich“, erwiderte sie. „Damit sind sie sicherlich nicht einverstanden!“ erwiderte Jegor.

„Sie sind fast davon überzeugt, daß sie das gerade angeht... Und sie werden Sie lange und hartnäckig befragen.“

„Ich sage es aber nicht!“

„Dann kommen Sie ins Gefängnis!“

„Nun, was ist das? Gott der Dank — wenn ich dazu wenigstens noch taugel!“ sagte sie schwer atmend.

„Wer hat mich denn sonst nötig? Niemand... Fölnern werden sie mich doch nicht.“

„Hini!“ sagte Jegor, sie aufmerksam anblickend. „Fölnern werden Sie nicht, aber wer etwas wert ist, muß sich doch in acht nehmen.“

„Das lernt man sonst bei euch nicht!“ erwiderte die Mutter lächelnd. „Nach kurzem Schweigen ging Jegor im Zimmer auf und ab, trat dann zu ihr und sagte: „Es ist schwer, Landsmann! Ich fühle es — Sie haben es sehr schwer!“

„Alle haben es schwer!“ erwiderte sie mit der Hand abwendend. „Vielleicht haben Sie die es etwas leichter, die alles verstehen. Ich fange aber auch allmählich an zu verstehen, was die guten Menschen wollen.“

„Wenn Sie das verstehen, Müdterchen, so heißt das, die es nicht nötig — alle“, sagte Jegor, ernst und streng. „Sie sah ihn an und lachte schweigend.“ (Fortsetzung folgt)

Bürokratismus oder Selbsthilfe

Sprechstunde im Wohnungsamt. Menschenchenlange wartet. Es kommt ein Mann; er geht gebeugt am Krückerstock und trägt eine Brille. Die Schlinge teilt sich, um Milde bewegt, um Hülfe den Mann nach vorn. Bald ist er abgeteilt. Einige Tage später sieht man den gleichen Mann auf der Straße, d. h. nur der gleiche Menschenkenner vermag in ihm den „Bedauernswerten“ wieder zu erkennen. Ein Wunder muß geschehen sein. Mit beschwingter Eleganz trägt eine junge Dame, die sozusagen als Krückerstock-Fachfrau, denn der Stock lehnt diesmal. Auch die Brille ist nun überflüssig. Die kürzlich fast blinden Augen blitzen heute unternehmungslustig.

Ein anderes Beispiel. Ein Mann tritt sehr energisch auf, trägt den roten Winkel des ehemaligen KZ-Innsassen. Mit Feldherrenmütze verlangt er nicht ein möbliertes Zimmer, nein, eine ganze Wohnung. Doch siehe, eine Ermittlung bei dem Hauptaussschub „Opfer des Faschismus“ ergibt, daß es sich nicht um einen politischen Häftling, sondern um einen kriminellen Fall handelt. Nach dieser Feststellung wird der anfangs so energische Herr zusehends bescheiden.

Auch folgendes ist schon dagewesen. Eine Frau lebt wie ein Sturmwind in das Zimmer des Sachbearbeiters. Mit Entrüstung fragt sie: „Warum sollen ausgerechnet wir ein Zimmer unserer Wohnung Unmündlern zur Verfügung stellen? Es ist unmöglich, noch eine Person aufzunehmen.“ Und doch ist es durch Zwang nicht hätte Mitglied der NSDAP werden müssen, man könnte ihn als Antifaschisten bezeichnen. Aber im Nebenhaus wohnt ein Ehepaar allein 6 Zimmer. Diese Leute sind nicht nur Nazis, sie sind Obernazis. Sie läßt man ungeschoren ist so schlecht. Eine Nachprüfung ergibt, das „Obernazipaar“ wohnt in 2 1/2 Zimmern mit Küche, Speisekammer und sanitärer Anlage. Es handelte sich um 6 Räume, nicht 6 Zimmer. Keiner der beiden Ehegatten war Mitglied der NSDAP. Persönliche Feindseligkeiten zweier Familien gaben Anlaß, diesem Fall das Wohnungsamt zu beistellen.

Viele solcher Beispiele von allen Behörden könnten gegeben werden. Man schimpft über die „mißtrauischen Behörden“, über „Bürokratismus“. Jeder Einsichtige wird zugeben, daß ein solches Mißtrauen berechtigt ist. Die Behörden haben alles schon erlebt: von kleinsten Täuschungen bis zum größten Betrug. Sie muß mißtrauisch sein, wenn sie ihre Aufgabe ernst nehmen will, Recht und Gerechtigkeit walten zu lassen. Darum nicht immer gleich von Schikane oder Bürokratismus reden. Prüfe jeder seinen Fall genau, ehe er zur Behörde geht. Die Vermeidung der Selbstschuld den Bürokratismus bekämpfen, ist jedermanns Aufgabe im Verkehr mit den Behörden.

Schuljahr September—September

Ostern 1946 keine Schulentlassungen. Nach einer Verordnung des Präsidenten der Provinz Sachsen läuft das Schuljahr in Zukunft vom 1. September bis 31. August. Damit fallen die Schulentlassungen und Schulaufnahmen zu Ostern 1946 für alle Schularten fort. Die Schulpflicht der Kinder, die bis zum 31. März 1946 befreit entlassen werden müssen, wird bis zum Schluß des laufenden Schuljahres verlängert.

Nach Mitteilung der Abteilung Volkbildung bei der Provinzialverwaltung findet die Schulentlassungen nicht zu Ostern 1946, sondern erst zum September 1946 statt. Abgeschlossene Lehrverträge und Lehrungsverweisungen des Amtes der Arbeit Halle (Saale) für den 1. April ablaufen trotzdem ihrer Gültigkeit, nur daß an die Stelle des 1. April der 1. September 1946 tritt.

Hundert Tage Arbeit und Erfolg

Rehensichtsbericht der Landesbühne der Provinz Sachsen

Bei der kulturellen Aufbauarbeit unserer Provinz galt es, wieder eine Bühne zu schaffen, die auch in den kleinsten Orten mit einem leistungsfähigen Ensemble die arbeitenden Bevölkerung Entspannung und Unterhaltung bringen sollte. In der auf Veranlassung der Provinzialverwaltung neu ins Leben gerufenen Landesbühne der Provinz Sachsen, unter ihrem Intendanten Maxim Fälsche, entstand nun ein Theater, das in diesen Tagen auf ein hunderttägiges Bestehen zurückblicken konnte. Hundert Tage Kampf, aber auch hundert Tage Freude bei denen, wo sie ihre Ziele aufschlug.

Unter Ueberwindung unvorstellbarer Schwierigkeiten bei der Beschaffung der nötigen Kostüme und Dekorationen und nicht zuletzt bei der Auswahl und Verpflichtung von geeigneten Mitgliedern, konnte am 13. November 1945 mit der Komödie von Otto Ernst „Flachmann als Erzieher“ gestartet werden. Um nur einige Zahlen zu nennen, erbrachte die anschließende Operette „Das Schwärzchen“ nach Leon Jessi die seit vier Jahren nicht mehr in der Provinz aufgeführte, einen rekordbesuch von 16.900 Besuchern in 25 Vorstellungen. Außer dieser Operette und der „Komödie wurde noch ein Jugendspiel und kleinere Operette in den Spielplan mit eingebaut. Und wenn man bedenkt, daß die Landesbühne allein in diesen 100 Tagen bei 143 Vorstellungen in 34 Orten beinahe 50.000 Besucher erliefen, dann kann sie auf ihre Arbeit unter den erschwerten Umständen schon mit Stolz zurückblicken.

Daß zur Erlangung dieser Ergebnisse rund 10.000 Fahrkilometer nötig waren, was einer Fahrstrecke ungefähr von Halle bis zum Kap der guten Hoffnung entspricht, sei nur am

Den zahlreichen Dienststellen der Behörden, der Aemter der Provinzialverwaltung usw., laufen Tag für Tag die verschiedensten Gesuche und Anträge ein zum Teil Hinweis, daß die Antragsteller Opfer des Faschismus waren und wer nicht „anerkanntes“ Opfer des Faschismus ist, schreibt vorzichtshalber, „war nicht direkt, aber indirekt“. Sie alle glauben, Opfer des Faschismus zu sein. Sie, die in der Nazi-Zeit auf Grund ihrer früher links gerichteten Parteizugehörigkeit ihren Arbeitsplatz verlieren mußten oder ihren Beruf nicht mehr ausüben durften. Sie, die durch die einschneidenden Maßnahmen der nazistischen Kriegswirtschaft ihr Geschäft schließen mußten. Sie, — es sind Legionen —, die etliche Tage, Wochen, Monate oder gar Jahre durch persönliche Konflikte mit den Gerichten der Hitler-Justiz in unliebsame Berührung kamen.

Fallen sie alle unter den Begriff „Opfer des Faschismus“? Nein! „Opfer des Faschismus“ im weitesten Sinne sind Hunderttausende, sind alle diejenigen, die unter dem Nazi-Regime zu leiden hatten und die heute mit verarmtem Hab und Gut und zerrütteten Familienleben haltlos und mutlos dastehen.

Anerkennung „Opfer des Faschismus“ aber sind nur solche, die auf Grund ihrer politischen Einstellung und ihrer politischen Tat gegen das Nazi-Regime durch die Gefängnisse, Zuchthäuser und KZ-Lager gegangen sind. Es sind die kämpferischen Antifaschisten, die in die Hände der Gestapo fielen oder die aus der Emigration heraus illegal gegen die Hitlerdeutschland arbeiteten. Es sind im allgemeinen alle jene, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt oder in Haft waren. Damit ist klar umrissen, daß die Ehrenbezeichnung „Opfer des Faschismus“ kein massenhaftes, ein Sammelbegriff für die durch die Hitlerherrschaft heute notleidenden Menschen ist. Um einwandfreie Klarheit zu schaffen, werden jetzt an die wirklich „anerkannten Opfer

des Faschismus“ neue Ausweise ausgeben. Die Antragsteller werden nach der Ausfüllung von zwei ideestattlichen Fragebogen anhand ihrer Unterlagen und Aussagen von antifaschistischen Bürgern und Häftkameraden geprüft und durch die Provinzialverwaltung anerkannt. Nur der Besitzer der amtlichen vierseitigen, mit Lichtbild versehenen Ausweise „Opfer des Faschismus“ in rotem Einband, ist tatsächlich „anerkanntes Opfer des Faschismus“.

Bisher sind rund 500 solcher Ausweise ausgehändigt. Davon tragen 200 den Aufdruck „Kämpfer“. Diese sind Opfer und Kämpfer zugleich. Sie sind jene politischen Aktivistinnen, die getreu ihrer idealistischen Weltanschauung bereits erbrütete Gegner des faschistischen Systems waren, bevor es zur Macht gelangte. Sie sind jene politischen Kämpfer, die aufopfernd illegale Arbeit leisteten, bis sie die Bluthunde der Gestapo in Bearbeitung nahmen, die getreu ihrer politischen Ueberzeugung trotz unmenslichster körperlich-seelischer Mißhandlungen in den vergangenen zwölf Jahren sich nicht dem Naziterror beugten, sondern mit festem Willen und Glauben den Tag der Erlösung herbeisehten, und sich danach trotz ihrer durch jahrelange Einkerkerung und Entehrung geschwächten Körper sofort wieder an die Aufbauarbeit stürzten. Diese Menschen tragen auf ihren Ausweisen den Aufdruck „Kämpfer“. Ein Ehrentitel, der zur besonderen Achtung verpflichtet.

Diese Klarstellung in aller Öffentlichkeit mußte erfolgen, um in Zukunft alle Zweifel zu beseitigen. Wer nicht den neuen amtlichen Ausweis vorzeigen kann, hat nicht das Recht, sich „anerkanntes Opfer des Faschismus“ zu nennen. Diejenigen aber, die den Ausweis führen, verdienen die berechtigte Würdigung, die ihnen als bevorzugte Antifaschisten zu kommt.

Der Handel ist kein Unterschlupf

Hier fehlt mal gründliche Berufsberatung

Es gibt immer noch Menschen, die da glauben, an der notwendigen Wiederaufbauarbeit vorbei irgendwo Unterschlupf zu können. Sie drängen dorthin, wo sich sowieso schon eine Berufsüberfüllung bemerkbar macht, zum Handel. Die zuständigen Dienststellen der Behörden können über die Sucht vieler Menschen, unbedingt ein Handelsgewerbe zu erhalten, ein bewegtes Lied singen. Die Antragsteller selbst sind allem Zureden gegenüber absolut verständnislos.

Dieses völlige Verkennen der gegebenen Möglichkeiten im Handel führt zu einem ungeheuren Papierkrieg und damit zu einer nicht tragbaren Belastung der amtlichen Dienststellen. „Wie sieht es denn im Handel aus?“

Auf Grund der Planwirtschaft ist im so wohlhabenden Deutschland kein massenhaftes, vielen freie Einkaufsmöglichkeiten der Vergangenheit von vornherein aus. Die für die Warenverteilung erforderlichen Geschäfte sind aber bereits vorhanden, so daß für Neugründungen ausreichende Existenzmöglichkeiten überhaupt nicht gewährleistet sind.

Aber auch bei den anderen Verbrauchsgegenständen, die bisher von der Planwirtschaft noch nicht erfaßt sind, kann keinesfalls eine Neugründung die erforderliche Existenzmöglichkeit bieten.

Während sich nun hier im Handel junge starke Kräfte an verfehlter Stelle drängen, können für Aufbau und Produktion die Aemter der Arbeit den Anforderungen nach „Arbeitskräfte“ kaum noch nachkommen. Hier ist es Aufgabe der Behörden, einen Riegel vorzuschleppen.

Da erfahrungsgemäß sich die Handels- und Gewerbetätigen trotz aller Hinweise und Erklärungen von ihrer Antragsbringung nicht abhalten lassen, wird eine provinzielle Anordnung, auf alle Gewerbeziele ausgedehnt, wünschenswert, wonach keine Anträge mehr bei den Dienststellen (mit genau festzulegenden Ausnahmen) bearbeitet werden dürfen, die den jungen Arbeitssuchen, was die Aemter der Arbeit zu interessieren. Darüber hinaus muß der wilden und willkürlichen Branchenweiterung der bestehenden Handelsgewerbe Einhalt geboten werden. Es geht nicht an, daß in einem Geschäft alles durcheinander veräußert wird.

Der Grundsatz der Planwirtschaft, für den Handel ist die gerechte Verteilung der Waren über den Schandahl hinweg bis zum letzten Verbraucher.

Beachtliche Sammelergebnisse

Die Belegschaft der Firma Carl Fainlich, Eisenbahn-, Straßen- und Tiefbau-Unternehmung, spendete bei ihrer Sammlung der Aktion „Rettet die Kinder“, bei einer Stärke des Betriebes von 49 4/5 Mann, den Betrag von 326.— RM. Laut Beleg findet jeden ersten Mittwoch im Monat eine Betriebsversammlung statt.

Bei einer Veranstaltung der Jungsozialisten in Bad Lautschädt wurden 197.— RM. für die Aktion „Rettet die Kinder“ gesammelt.

Anläßlich einer Betriebsfeier mit Gästen im Café „Rehngold“ wurden unter Mitwirkung von Kräften des Stadttheaters und der Kapelle 3063.50 Reichsmark für „Spende Aufbau Roter Turm“ gesammelt.

Tropenwelt im Saisellal

Erster Tropenabend des Kulturbundes Merseburg

Der Kulturbund führte sich mit seiner ersten Veranstaltung, dem Lichtbildervortrag von Dr. Hunger „Tropenwelt im Saisellal“, sehr gut in Merseburg ein.

Dr. Hunger vom Geiseltalmuseum Halle geht in seinen einführenden Worten einen Ueberblick über die Grundlagen und Voraussetzungen, die das Geiseltal zur einzigartigen Fundgrube für die Ausgrabungen machten. Dreißig Millionen Jahre liegen zurück, als in unserer gegenwärtigen Heimat ein tropisches Klima mit tropischer Vegetation vorherrschte. Von einem sagenhaften Tierreich, vom Urpferd, Urschwein, Krokodil, Schildkröte, Schlange, Eidechse, von einer bunten Vogel- und Insektenwelt und von der Fächerpalme und anderen Gewächsen erzählen die einzigartigen Funde, die hier im Geiseltal, vor allem auf der Grube „Leonhardt“, gemacht wurden. Mit großer Mühe und Sorgfalt wurden sie geborgen und der Öffentlichkeit im Geiseltalmuseum zu Halle zugänglich gemacht. Wertvolle Lichtbilder vertiefen den Einblick in diese versunkene Welt. Reicher Beifall der zahlreichen Hörer dankte dem Redner.

Konzertabend in Hohenmölsen

Erfolgreiche Arbeit leistet seit Monaten im südlichen Teil unserer Provinz das Naumburg-Weissenfeiser Orchester, das sich erfolgreich bemüht, auch den Musikfreunden kleinerer Städte und Dörfern die Welt unserer großen Tonschöpfer zu erschließen und der sooffenen Bevölkerung Freude und Entspannung in den Alltag zu tragen. Zum dritten Male gastierte das Orchester in Hohenmölsen, diesmal mit beschwingten Weisen aus Opern und Operetten. Die Besucher konnten die erfreuliche Feststellung machen, daß sich der Klangkörper mehr und mehr zu einem geschlossenen

- Grundsätze, Ziele und Parteil-Statuten der SEDP
Stadtteil Zentrum. Neumarktische Hermannstraße (Eingang Hermann-Henriette-Straße): Referent Günther Eckstein. — Gaststätte Bayerischer Hof: Referent Obermeier. — Im Sitzungssaal des Stadtteils, Gr. Braubaustraße 20: Referent Dr. Berns.
Stadtteil Norden. Gute Straße, Volkspark: Referent Otto Härtel. — Untergruppe Trotha im Reichsaider: Referent Felix Gentzen.
Stadtteil Süden. Landhaus, Merseburger Str. 95: Referent Werner Großer.
Stadtteil Osten. Friedrich-Engels-Schule: Referent Fischer.
Stadtteil Südwesten. Ruderhaus Böllberg: Referent Ludwig Einicke.
Stadtteil Westen. Bäckereingehäuse: Referent Erich Behnen. — Untergruppe vom Stadtteil Westen im Schweizerhaus, Wormitzer Straße: Referent Walter Blas.

Der Vulkaniseur im Arbeitseinsatz

Noch immer wissen viele volkswirtschaftlich nicht, welche Aufgaben der Vulkaniseur zu erfüllen hat. Um es kurz zu sagen: er muß in erster Linie Autoreifen und Schläuche reparieren. Alle vorkommenden Defekte muß er zu beseitigen wissen, denn heute können wir es nicht erlauben, daß sich die Reifen einfach durch neue zu ersetzen. Außerdem müssen wir wissen, was der Vulkaniseur auch vielseitiges technisches Wissen haben. Heutzutage steht der Vulkaniseur im höchstem Einsatz. Noch nie war er so stark beschäftigt wie heute, was daher kommt, daß jetzt fast jede Reparatur an Reifen von nun an Schläuchen größer ist als früher. Die Not der Zeit hat zudem den Vulkaniseur noch zu anderen Arbeiten verpflichtet. Er muß alle Reparaturen an Gummiartikeln vornehmen können, wenn er ein Helfer, besonders für die große Volkswirtschaft, sein will. Es ist vielleicht interessant zu wissen, daß auch Gummischuhe für den Beruf, Ueberschuhe für Damen und Kinder, Fahrraddecken und Schläuche, Wärmflaschen, Sitzkissen und sonstige Gummiartikel repariert werden können.
Es gibt jetzt in Halle und Umgebung sieben Spezialwerkstätten. Um nur eine Zahl zu nennen, haben die Werkstätten für den Monat Januar einen Leistungsnachweis von 5270 Reparaturen schriftlich geführt. Es sollen noch zu weiteren Werkstätten im Laufe März in Angriff. Sie muß die Kulturen alle drei bis vier Jahre, in der Zeit August—September, im Fruchtwechsel umplanzen. Das neue Feld wird gut vorbereitet. Düngung: nur mit verrottem Stallmist oder von Kompost. Die Pflanzreihen dürfen nur die kräftigsten Jungpflanzen umgepflanzt werden. In den Zwischenzeilen kann die Bäuerin die Vorbereitungen auch im Vorfrühling vornehmen. Zu jeder Pflanze legt sie eine Handvoll Humus in eine kreisförmige Vertiefung, möglichst nahe an der Pflanze. Am sichersten macht sie das mit der Hand, um keine Wurzel zu beschädigen. Die Ranken müssen entfernt werden, ebenfalls schwach oder krank aussehende Pflanzen. Der Ertrag der Kulturen hängt von der Pflege und der Düngung ab. Johannishäfer, Stachelbeeren, Himbeersrücher sind auch zur gleichen Zeit — vorzugsweise im Herbst oder auch im Vorfrühling — zu behandeln, die Erde rings um die Sträucher ist zu lockern, am besten mit Humus oder gutem Dünger.

Beeren im Haugarien

Die Erberbeerkulturen sind die erste Frühjahrsarbeit, die Bäuerin immer im Anfang März in Angriff. Sie muß die Kulturen alle drei bis vier Jahre, in der Zeit August—September, im Fruchtwechsel umplanzen. Das neue Feld wird gut vorbereitet. Düngung: nur mit verrottem Stallmist oder von Kompost. Die Pflanzreihen dürfen nur die kräftigsten Jungpflanzen umgepflanzt werden. In den Zwischenzeilen kann die Bäuerin die Vorbereitungen auch im Vorfrühling vornehmen. Zu jeder Pflanze legt sie eine Handvoll Humus in eine kreisförmige Vertiefung, möglichst nahe an der Pflanze. Am sichersten macht sie das mit der Hand, um keine Wurzel zu beschädigen. Die Ranken müssen entfernt werden, ebenfalls schwach oder krank aussehende Pflanzen. Der Ertrag der Kulturen hängt von der Pflege und der Düngung ab. Johannishäfer, Stachelbeeren, Himbeersrücher sind auch zur gleichen Zeit — vorzugsweise im Herbst oder auch im Vorfrühling — zu behandeln, die Erde rings um die Sträucher ist zu lockern, am besten mit Humus oder gutem Dünger.

Wetterbericht vom 4. März

Vorhersage gültig bis 6. März: Wolkig bis bedeckt. Von Süden her einsetzende Niederschläge, im Flachland als Regen, im Bergland als Schnee. Temperaturen nachts bei leichtem Frost bis + 2 Grad abwärts, tagsüber über Grad ansteigend. Mäßige Winde im Ost.

Ganzen entwickelt und in der Interpretation klassischer und moderner Meister tiefes Einsehungsvermögen, präzise Intonation und flüssiges Fortschreiten.
Eine schöne Gesamtleistung, in die sich auch Fr. J. o. h. n mit beliebten Melodien von Streub, Dostal und Lehar glücklich einfügte.

Musikalische Morgenfeier

der „Bauhütte Roter Turm“
Wie bereits berichtet, veranstaltet die „Bauhütte Roter Turm“ am Sonntag, dem 10. März, um 10.30 Uhr im „Theater-Theater“ eine „Musikalische Morgenfeier“ zum Besten des Wiederaufbaues hallischer Kulturstätten.

Bekanntes Künstler haben sich in den Dienst der Bauhütte gestellt. Konzeptionsmeister Karl Gehr wird, unterstützt vom Stadtmusik-Orchester unter der Stabführung von Hanns Epstein, die Werke dreier Meister der Violinliteratur zu Gehör bringen. Von Tartini hören wir das Konzert d-moll für Violine und Streichorchester. Giuseppe Tartini ist im selben Jahre gestorben, in welchem Beethoven geboren wurde (1770). Max Bruch's g-moll-Violinkonzert, das wohl das schönste und lebendigste heute noch von seiner allseitigen Beliebtheit nicht eingebüßt. Das 1865 entstandene Werk ist eines der edelsten Erzeugnisse der Klängschönheit und pathetischen Ausdruckskraft dringenden Spätromantik. In dem weiter zum Vortrag kommenden A-dur-Violinkonzert (K. V. 215) von Mozart schwingen sich die melodischen Linien so schaffisch mit. In ihm vibrieren die geheimen Nerven der Kultur eines Volkes, welchem um 1775 noch das verkleinende Barock in seiner höflichen, gestrigen und volltönenden Ausprägung lebendig war. Die ganze Herzentiefe der Mozartschen Linie offenbart wohl am eindringlichsten das Adagio, während das abschließende Menuett ein Bildnis dem buttolren österreichischen Volkstum erschließt ist.
Lydia Dertill, die vielen Hallensern bekannt ist, wird mit der Solostimme aus dem „Fidelio“ von Beethoven vor ihnen singen. Und auch Heinz Sauerbaum hat sich der „Bauhütte Roter Turm“ zur Verfügung gestellt und wird uns mit der Bläserriehe aus der „Zauberflöte“ von Mozart erfreuen.

